

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 922.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Mittwoch, den 1. November 1916.

23. Jahrg.

## Zum Frieden!

Die „Züricher Post“ veröffentlichte in ihrer Nr. 473 nachstehenden Appell eines Asiaten an das denkende und führende Europa:

Seit einiger Zeit durchziehen die neutralen Länder Friedensbestrebungen, freilich noch so zaghaft, daß man glaubt, den Festimisten, die im Laufe dieser mehr als zweijährigen Menschenschlächterei so oft recht gehabt haben, auch diesmal das Feld räumen zu müssen. So schließt zum Beispiel ein vor mir liegender Bericht über einen angeblichen Zusammenschluß der neutralen Staaten Europas, deren erster Schritt der Versuch einer Friedensvermittlung sein soll, mit folgender charakteristischen Bemerkung:

„Es wird sich empfehlen, dieser Nachricht keinen übertriebenen Wert beizumessen. Ein Zusammengehen der Neutralen ist im Laufe dieses Krieges schon oft angeregt und angebahnt worden, ohne daß irgend etwas dabei herausgekommen wäre. Ohne den Beitritt Amerikas (dieses soll sich nicht angeschlossen haben. S. H.) wäre der Bund der Neutralen übrigens eine Halbheit ohne ausreichende Macht.“

Also immer noch keine Lichtung in den Gewitterwolken des europäischen Himmels? Immer noch keine Aussicht auf ein baldiges Ende des entsetzlichen Mordens und der Zerstörung?

Ist es denn möglich, daß Europa, das mit fabelhafter Energie und Genialität die Riesenelemente der Natur — Erde, Wasser, Luft und Feuer — fast zu zähmen und seinem Willen zu unterwerfen vermochte, das die von seiner Mutter Asien in Tausenden von Märchen gewobenen Phantastebilder beinahe restlos in die Wirklichkeit umsetzen konnte, nun nicht so viel Wissen, Gewissen und Macht aufbringt, um gewisse, mit der Kultursteigerung verbundene Uebel zu überwinden? Es sind ja nur zum Teil tiefere wirtschaftliche und politische Gegensätze, die die Völker trennen; in der Hauptsache sind es Gewinnsucht, nationale Vorurteile und in diesen wurzelnde politische Leidenschaften und Eitelkeiten, die Europa dank unglücklichen historischen Konstellationen in sich aufgenommen, mit den schönsten Namen geschmückt, mit dem besten Blut von Generationen genährt, zu ungeheuren großgezogen und zu seiner eigenen Gefährdung gemacht hat.

Hunderterte und Tausende von gelehrten Köpfen hatten sich den verführerischen Lockungen des modernen Lebens entzogen und sich in ihre Stuben eingeschlossen, um neben den hervorragendsten wissenschaftlichen Leistungen nicht selten den genauen Wortlaut der Anordnungen eines ägyptischen Pharaonen oder der Prahlereien eines asiatischen Despoten festzustellen. Zur Erreichung dieser Ziele stellten ihnen Gesellschaft und Staat reichliche Mittel zur Verfügung. Aber genügend tüchtige Leute, die diese schauerlichste aller Tragödien ahnend, die Kulissenarbeit der europäischen Diplomatie, ihre bewußte oder unbewußte Unterminierung des trotz mancher Mängel prächtigen modernen Kulturbaues rechtzeitig aufzudecken — die konnte Europa nicht hervorbringen. Um festzustellen, welchen Weg die Zehntausend Xenophons zogen, machte man kostspielige Reisen und Untersuchungen, zum Beispiel wie teuer ein von einem Cäsar gegebenes Festmahl kam, oder was der Haushalt Ludwigs XIV. kostete, waren nicht die unbeliebtesten. Es fehlte aber offenbar in Europa an der nötigen Anzahl von Persönlichkeiten oder Körperschaften, die in wirkungsvoller Weise der Bevölkerung klargemacht hätten, daß ein europäischer Krieg nur ein gegenseitiges Zerfleischen der größten Kulturvölker sein könne und notwendig Hunderte von Milliarden vernichten müsse, während zum Beispiel eines der größten modernen Ingenieure, der Panamafanal, sage und schreibe nur 1 1/2 Milliarden beansprucht hat. Weiter: Tausende von Laboratorien und bakteriologischen Instituten arbeiteten Tag und Nacht, um die Schädlinge ausfindig zu machen und zu bekämpfen, die die Menschheit eventuell um einige tausend Kugeltiere bringen könnten, und man ruhte nicht, bis man alle Vorbereitungsmaßnahmen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen zu haben glaubte. Nichts sah man aber im Laufe der letzten Jahrhunderte so sicher kommen, wie diese entsetzliche Katastrophe. Nichts stand so fest als die Tatsache, daß sie Millionen der lebenskräftigsten Glieder der europäischen Bevölkerung in unbeschreiblichen Qualen hinmorden würde, daß Tausende, wenn nicht von Genies, so sicher der herrlichsten Talente in Blut ertrinken, daß Millionen um ihr Glück und um ihre Hoffnung gebracht, ganze Generationen den furchtbaren Anblick ungezählter Krüppel haben müßten, daß ein Meer der bittersten Tränen fließen würde. Was stellte man dem allem entgegen? Einige Dutzend Broschüren, im besten Fall einige Konferenzen mit frommen Wünschen.

Nun wollen wir nicht mehr fragen: Ist denn das begreiflich oder ist denn das möglich? Wir wollen uns mit der plattesten aller soziologischen Erkenntnisse zufrieden geben: Was schon gesehen, ist nicht bloß begreiflich, sondern auch der beste Beweis dafür, daß es anders nicht möglich war. Gut, anders war es nicht möglich; mit elementarer Wucht kam dieser ungeheure Vulkan zum Ausbruch und versengte und zerstörte alles, was er am Wege traf. Will man aber immer noch weiter zuschauen, wie Leidenschaft, Eitelkeit und Ge-

winnsucht in treuer Bundesgenossenschaft ihr letztes Unheil an der Menschheit verüben? O, es gibt Staatsmänner und Politiker, die es vorziehen, weitere Millionen darben und verderben zu lassen, um inzwischen die Schuldfrage zu klären — als ob es wirklich Unschuldige gäbe! Welch verbrecherischer Fehler, wenn nicht das Verbrechen selbst! Wer in diesem Augenblick die Schuldfrage lösen will, der ist sich entweder des Ernstes der Frage und Lage nicht bewußt, oder es ist ihm ernstlich überhaupt nicht darum zu tun. Oder haben sich die europäischen Völker noch nicht überzeugen können, daß die Kanonenrohre keine „Gerechtigkeit“ ausspeien und daß der Regen der Granaten keine hohen „Ideale“ herunterströmen läßt? Müßten dem blutdürstigen Kriegsgott noch weitere Opfer gebracht werden, bis die Einsicht da ist, daß auch die bluttriefenden Bajonette nicht die „Rechte der kleinen Nationen“ auf der Erde aufpflanzen und daß auf keinem der Schlachtfelder nationales Glück emporblühen wird? Will man sich wirklich nicht dessen erinnern, daß neben diesen grausamen Faktoren in der Geschichte der Menschheit auch das Wort — dieses höchste Privilegium des Menschengeschlechtes, soweit es eine ehrliche Ueberzeugung zum Ausdruck brachte — eine bedeutende Rolle gespielt hat? Daß man ihm die höchsten Kulturgüter gegenseitiger Verständigung, einträchtigen Zusammenwirkens aller Nationen verdankt? Will man wirklich außer acht lassen, daß nun die Dinge an einen Punkt gelangt sind, wo ein zielbewußter, entschlossener Schritt wohltätige Wirkungen auslösen würde, und daß gerade deswegen jedes Opfer, das man von nun an zuläßt,

weniger die Sünden der Kriegführenden, als die der Neutralen verdoppelt und verdreifacht?

Es sind mir Rufe der Verzweiflung als Fragen, die ich hier an denkende und tatkräftige Europäer zu richten wage. Daß meine Stimme viel zu schwach ist, um irgendwelche unmittelbare Wirkung zu haben, dessen war ich mir vollbewußt. Ich ging jedoch von dem alten Spruch aus: Steier Tropfen höhlt den Stein. Möge es auch an anderen solchen Tröpflein im richtigen Augenblick nicht fehlen!

Zum Schluß noch eins. Von der östlichsten Spitze Asiens aus, auf seine Inseln gefeuert, hält der Japaner seine Augen auf diese schauerlichste aller Tragödien gerichtet und denkt: Europa soll nur sein „Saraktiri“ vollziehen, ich schaue ruhig zu! Daß er Europa das zu diesem Zweck notwendige Werkzeug bereitwillig in die Hand steckt, brauchen wir nicht erst hinzuzufügen. Gleichzeitig mußte im Laufe dieses Krieges in demselben Asien ein schwergeprüftes Volk den bitteren Kelch seines historischen Schicksals, nicht zuletzt durch die Schuld seiner „Beschützer“, bis zur Reize leeren und hatte doch keine andere Sünde oder Leidenschaft als die glühende Liebe zum lichtstrahlenden Europa. Nun stellt hier ein Sohn desselben Volkes, der vor Schmerz die Schwäche seiner Stimme verliert, seine letzte Frage:

Europa, geliebte Heimat alles Guten und Bösen, Glücks- und Unglücksfind des menschlichen Schicksals! Hast du wirklich nichts Besseres zu tun, als den nicht ganz frommen Wunsch des Japaners restlos zu erfüllen?

Sawen Hragdan.

## Der „Vorwärts“-Konflikt auf der Reichstagstribüne.

Die Zensurdebatte wurde am Montag und Dienstag fortgesetzt. Am ersten genannten Tage trug Genosse Eck-Mannheim weiteren Brennstoff zum Scheiterhäufen der Zensur zusammen. Der Fortsetzung der Debatte am Dienstag ging die Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen voraus. Viel Neues hörte man dabei nicht, es wurde nur mitgeteilt, daß über verschiedene sozialpolitische Notwendigkeiten Verhandlungen mit den Bundesregierungen schweben.

Dann sprach zunächst der Abg. Dr. Werner-Sießen von der deutschen Fraktion. Ihm ist die Zensur in manchen Dingen noch zu wenig scharf, die Ehebruchfilme scheinen ihm die deutsche Sittlichkeit schwer zu bedrohen. Daß dieser Herr von dem Warten der Zensur nur sehr einseitige Vorstellungen hat, bewies er durch die Behauptung, daß das „Berl. Tagebl.“, die „Allst.-Presse“ und die „Frankfurter Ztg.“ schreiben könnten, was sie wollen. Davon ist in Wahrheit keine Rede, wie denn auch am Montag die Redner aller größeren Parteien darin übereingestimmt hatten, daß die Zensur auf der Presse aller Richtungen lasse. Herr Werner bestärkte das überdies auch noch für die alldeutsche und nationalpolitische Presse, wenn er es auch nicht für opportun gehalten haben mag, mehr Freiheit für die antiklerikale Agitation zu verlangen.

Darauf folgte eine mehrstündige Rede des Vertreters der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Stadthagen, der mit großer Schärfe und gelegentlich auch mit bitterem Hohn gegen die Zensur losging. Ein besonderes Kapitel seiner Rede widmete er den Verletzungen der Abgeordnetenimmunität, die unter dem Belagerungsstatus gegen Herzfeld, Antrick, Thiele und Haberland vollbracht worden sind. Den größten Nachdruck legte Stadthagen darauf, auszuführen, daß in Wirklichkeit die politische Polizei, weit mehr als die Generalkommandos, die Handhabung des Belagerungsstatus ausübe, und für ihre eigenen politischen Zwecke benütze. — Die andere Hälfte seiner

Rede aber war fast ganz dem Berliner Parteifreie und der Aufhebung des „Vorwärts“-Verbotes zugewendet. Stadthagen hielt es für angebracht, diese innere Parteiangelegenheit auf der Tribüne des Reichstags unter sehr scharfen Angriffen auf den Parteivorstand zu besprechen.

Der Redner der Polen, Dr. Seyda, beklagte sich bitter darüber, daß seine Volksgenossen und ihre Presse besonders schwer unter dem Belagerungsstatus zu leiden haben. Ihm schloß sich der Elsfasser Haug an, der insbesondere das Verbot des Französisch-Sprechens kritisierte.

Das Auftreten Stadthagens hatte die unvermeidliche Folge, daß Ebert als Redner der sozialdemokratischen Fraktion die Angriffe auf den Parteivorstand kurz aber gründlich zurückwies und insbesondere daß Hineingerrn innerer Parteidifferenzen in die Reichstagsverhandlungen mit aller notwendigen Klarheit kennzeichnete. Haase erwiderte darauf, daß es sich nicht mehr um eine innere Parteifrage, sondern um eine Angelegenheit der politischen Moral handle, was wohl das Auftreten Stadthagens erklären sollte.

Zwischendurch aber hatte der nationalliberale Abg. Hirsch auf Dr. Koeslakes Spuren wandelnd, eine Kriegszielrede im annexionistischen Sinn gehalten, die wenigstens das eine Gute hatte, Herrn Helfferich zu einigen Worten über die Initiativankträge zu veranlassen. Er nahm zwar nicht Stellung, erklärte aber die Zustimmung der verbündeten Regierungen zur Tendenz der Anträge. Freilich soll die Besserung der Verhältnisse wieder von langwierigen Verhandlungen mit den militärischen Stellen abhängig sein. Die Anträge gingen an den Schutzhafenauschuß, der Zentrumsantrag auf Einsetzung eines zentralen Aufsichts- und Beschwerdestelle wurde gegen die Konfessionellen angenommen.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Die Operationen an der Somme sind infolge dort eingetretener ungünstiger Witterungsverhältnisse etwas beeinträchtigt worden, worüber die dort kämpfenden sicherlich nicht böse sein werden. Im Osten nehmen die Kämpfe wieder einen heftigeren Umfang an; sie brachten den uns verbündeten Truppen einige beachtliche Erfolge. In Rumänien dauern die Kämpfe fort; seit dem 10. Oktober sind dort rund 10 000 Mann gefangen genommen, sowie 37 Geschütze und 42 Maschinengewehre erbeutet worden.

Das Unterseeboot „U 53“, das bekanntlich die Fahrt über den Ozean machte, ist wohlbehalten in die Heimat zurückgekehrt. In einigen norwegischen Blättern, auch in manchen Kreisen des norwegischen Volkes, scheint ein gewisser Stimmungsumschwung dahin eingetreten zu sein, daß der deutsche Standpunkt gegenüber der norwegischen U-Boot-Verordnung vom 13. d. M. eine größere Würdigung zu finden beginnt. Man ist sich der Gefahr, in den Weltkrieg hineingezogen zu werden, durch die letzten Ereignisse, besonders durch die englischen und französischen nicht mißzuver-

stehenden Winke, plötzlich mehr als bisher bewußt geworden. So werden jetzt Bemühungen sichtbar, einen Ausgleich in der augenblicklichen deutsch-norwegischen Spannung zu finden, der anscheinend, entsprechend dem deutschen Erdrücken um Revision der Verordnung, in den Bereich der Möglichkeit rückt. Eine besondere Beachtung verdient in dieser Richtung ein Leitartikel des Reederorgans „Sjøfarts Tidende“, überschrieben „Ausgleich“, in dem unter anderem ausgeführt wird: Wenn auch zweifellos die norwegische Regierung bei dem Erlaß ihrer Verordnung überzeugt war, in jeder Hinsicht auf dem Boden des Völkerrechts zu stehen, ist es andererseits gänzlich ausgeschlossen, daß sie gerade U-Boote als ungelegenhafte Kriegsfahrzeuge brandmarken wollte; weil ja sie gerade der einzige Fahrzeugtyp sind, der den Kleinstaaten Hoffnung gibt, sich eine effektive Seemacht zu schaffen. Da die deutsche Regierung erklärte, daß die deutschen U-Boote norwegisches Territorialgewässer nicht benutzen, liegt die prinzipielle Frage vor, ob Norwegen höhererethisch die Befugnis hat, eine solche Verordnung zu erlassen. Das Blatt ist davon

überzeugt, daß die norwegische Regierung mit Freunden diese Seite der Sache zum Gegenstand näherer Untersuchung machen wird und will nicht in Zweifel ziehen, daß eine andere Seite ebenso sicher ihres Rechts sei. Deshalb werde es im beiderseitigen Interesse sein, die Lösung der Zweifel zu finden. Mehrheit äußert sich der norwegische Reichsgerichtsanwalt Emil Stang in dem Blatt „Socialdemokraten“, der die Regierung darauf hinweist, daß ihre Verfügung höchst unglücklich habe wirken müssen und eine schwere Gefahr für das Land in sich trage, ein Standpunkt, dem sich das Blatt „Socialdemokraten“ selbst in einem Leitartikel „Die Lage“ anschließt.

Der sozialistische Kammerdeputierte Marcel C. A. in dem bejourneten in einem Leitartikel der „Humanité“ vom 24. Oktober 1916 den Eintritt in Friedensverhandlungen mit Deutschland. Er schreibt: „Es scheint, daß Deutschland zufrieden wäre, wenn man es jetzt aufforderte, in Friedensverhandlungen einzutreten. Und auch wir sind für einen baldigen Frieden. Aber man glaubt, daß der Einzug im gegenwärtigen Kampfe so ernst ist, daß es ein Verbrechen gegen die Menschheit wäre, wenn man nicht die nötigen Vorkehrungsregeln treffen würde, um die Wiederkehr der Geißel zu verhüten. Gut, treffen wir diese Vorkehrungsregeln, stellen wir die Garantien fest. Aber leicht ist diese Aufgabe nicht. Man muß notwendigerweise dem gegenwärtigen Zustand und den Stimmungen und Neigungen Europas Rechnung tragen. Ehrgeizige, gewalttätige und imperialistische Bestrebungen mischen sich ohne Zweifel in die edlen und selbstlosen Ziele, die die Sozialisten bestimmen, in die nationale Verteidigung einzutreten. Es ist unsere Pflicht, — es ist die Pflicht der Regierung, gegen die ungeunden Tendenzen zu kämpfen. Weisen wir alle Eroberungsgeanken von uns; vermeiden wir alle bombastischen Redensarten, alle Drohungen, die von hinter der Front an diejenigen gelangen, die in der Feuerlinie sind. Zu einer Zeit, wo die Worte von der kollektiven Verteidigung, von Rachegehen und von Haß mit aller Kraft wirken und joviell Schaden anrichten, sollen wir uns in den Chor der Schreier nicht mischen. Unsere Minister sollen eine Sprache der Menschlichkeit führen. Wir fordern von ihnen, daß sie unsere Gründe auseinandersetzen, unsere Ziele kundgeben und die Bedingungen eines gerechten und demokratischen Friedens genau bestimmen. Wir glauben, daß auch ein derartiges Aufstreben zu den Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung gehört.“ Sehr vernünftige Worte, denen man nur wünschen könnte, daß sie bei den maßgebenden Stellen Gehör finden würden.

### Die Kriegslage.

**Östlicher Kriegsschauplatz.**  
Seresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl. Bei Orjona und jenseits der südlichen Grenzgebirge Siebenbürgens wird weiter gekämpft. Die von Rumänen nördlich von Cerna Herz und nördlich von Campulung unternommenen Angriffe scheiterten. In der ungarischen Dörfergegend und in den Waldgebieten herrschte auch gestern verhältnismäßig Ruhe. Die Österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte des Generals von Falkenhayn haben seit dem 10. Oktober 151 Offiziere und 9220 Mann als Gefangene eingebracht. Die Beute beträgt 37 Geschütze, 47 Maschinengewehre, eine Krone und viel Kriegsgut.  
Front des Generalfeldmarschalls Franz Leopold v. Beyer. Bei Szpica Dolna benachteiligt sich deutsche Truppen, südlich von Byzanz türkische Bataillone stark verhängter feindlicher Stellungen, wobei 4 Offiziere, 178 Mann und 9 Maschinengewehre in der Hand der Angreifer blieben. Bei Dobraczma in Kolozsien sind russische Besatzer abgedrängt.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**  
Teile der italienischen Front stehen unter Artillerie- und Minenfeuer wechselnder Stärke. In Tirat wurde der Angriff eines Alpen-Bataillons gegen den Garibald in den Kaiser Alpen unter erheblichen Feindverlusten abgewiesen.  
**Südöstlicher Kriegsschauplatz.**  
Bei den Österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts von Belang.

### Gegen Frankreich und Belgien.

**Fransösischer Heeresbericht.**  
vom 30. Oktober: Nördlich der Somme nahmen die Franzosen ein deutsches Schützengrabensystem nördlich von Sailly Saülly. Eine andere lebhafte Kampfhandlung führte die Franzosen in die Nähe der Kirche von Sailly, wo etwa 60 Gefangene in ihrer Hand blieben. Südlich der Somme vertrieben die Deutschen im Laufe der Nacht ihre von einem heftigen Bombardement eingeleiteten Angriffe auf die französischen Stellungen von Biaches und Raponette. Sie wurden mehrmals unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Im Laufe des letzten äußerst heftigen Angriffs gelang es ihnen, in Grabenlinie der ersten Linie nördlich von Raponette einzudringen und in den Gebäuden dieses Gehöfts Fuß zu fassen. Alle deutschen Verluste, die Franzosen von der Seite 97 zu verzeichnen, wurden durch Feuer gezeichnet. Auf dem rechten Maas-Ufer geht der Artilleriekampf auf der gesamten Front weiter, jedoch weniger lebhaft in der Gegend von Douanmont. Letzte Infanteriekämpfe. Überall sonst verließ die Nacht ruhig. Entsprechend ihrer Angemessenheit bombardierten die Deutschen aus Nähe zur Niederlage vor Verdun Meims heftig. Unter der Zivilbevölkerung wurden einige Personen getroffen.  
**Orient-Alarm:** In der Cerna und auf dem linken französischen Flügel geht der Artilleriekampf heftig weiter. Nördlich von Savello hielten die von der französischen Artillerie unterstützten Serben den Deutschen und Bulgaren hartnäckige Gefechte. Sie erzielten einige Vorteile. Es wird auf beiden Seiten mit lebhafter Erörterung weiter gekämpft. Ein deutsches Flugzeug wurde von den französischen Truppen aus abgeschossen.

### Englischer Heeresbericht.

vom 30. Oktober: Während der Nacht wurden zwei erfolgreiche Überfälle auf feindliche Stützpunkte nördlich von Mauthausen und südlich von Koenigshaus unternommen. — Bericht aus Saloniki vom 30. Oktober: Bei einem energiegelassen Streifzug jagten unsere Truppen an der Dolma-Front den Deutschen und Bulgaren nördlich von Marone beträchtliche Verluste zu. Ein feindliches Flugzeug wurde nördlich des Dolma-Sees zum Niedergehen gezwungen. Feindliche Truppen wurden nördlich von Demislar von unseren Truppen erfolgreich mit Bomben belegt.

### Gegen Rußland.

**Russischer Heeresbericht.**  
vom 30. Oktober: Während der Nacht wurden zwei erfolgreiche Überfälle auf feindliche Stützpunkte nördlich von Mauthausen und südlich von Koenigshaus unternommen. — Bericht aus Saloniki vom 30. Oktober: Bei einem energiegelassen Streifzug jagten unsere Truppen an der Dolma-Front den Deutschen und Bulgaren nördlich von Marone beträchtliche Verluste zu. Ein feindliches Flugzeug wurde nördlich des Dolma-Sees zum Niedergehen gezwungen. Feindliche Truppen wurden nördlich von Demislar von unseren Truppen erfolgreich mit Bomben belegt.

### „A 33“ zurückgeführt.

Berlin, 31. Oktober. (Ausschnitt) Unterseeboot „A 33“ ist von einer Untersuchung über den in den letzten Tagen nachgefolgten in die Heimat zurückgeführt.

## Der Balkankrieg.

### Bulgarischer Generalstabsbericht

vom 31. Oktober: Mazedonische Front: Wir warfen von neuem bei Korica schwache feindliche Abteilungen zurück, die ein wenig südwestlich vom Malik-See vorrückten. Im Ostabschnitt des Cerna-Bogens verhielten die Serben anzugreifen. Sie wurden durch Gegenangriff in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Wir schlugen gleichfalls einen schwachen feindlichen Angriff am Dobropolje ab. An der Front der Belasica-Planina und an der Stroma beschloß feindliche Artillerie ergebnislos einige bemohnte Ortschaften vor unserer Front. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe. — Rumänische Front: Die Lage ist unverändert.

### Rumänischer Heeresbericht

vom 30. Oktober: Nord- und Nordwestfront: Von Sulghes bis Bicaz verhinderte schlechtes Wetter jede Tätigkeit. Im Brahova-Tal wiesen wir zwei feindliche Angriffe auf das Clabu-Tal (?) und Amliu (nördlich Nagul) ab. In der Gegend von Dragoslaue sind wir auf dem linken Flügel etwas vorgeückt. Döflich des Alt ist wegen des schlechten Wetters die Tätigkeit schwierig. Im Sin-Tal geht unsere Verfolgung weiter; wir nahmen noch 312 Soldaten gefangen und erbeuteten vier Maschinengewehre. In der Gegend von Orsova lebhaftes Feuer. — Südfront: Die Lage ist unverändert.

## Der Seefrieg.

### 21 Schiffe versenkt.

Drei kürzlich nach ihren Heimathäfen zurückgeführte Unterseeboote versenkten im Englischen Kanal in wenigen Tagen insgesamt 21 Schiffe mit rund 28 500 Tonnen. Darunter befanden sich folgende, bisher in Zeitungsberichten noch nicht genannte Schiffe: die französische Bark „Condor“, 760 Tonnen, die französische Bark „Cannebiere“, 2434 Tonnen, mit Farbhölz, und der französische Dreimastdampfer „St. Charles“, 521 Tonnen, mit einer Ladung von 420 Tonnen Fisch.

Weiter werden als versenkt gemeldet: der Dampfer „Cahotta“ aus Glasgow; der norwegische Dampfer „Falkefell“, der französische Dampfer „Irma“, der norwegische Dampfer „Stemstet“, der griechische Dampfer „Germanine“ (2373 Tonnen) und das französische Fischerboot „St. Charles“.

### Englische Handelsdampfer gegen U-Boote.

Wolffs Bureau meldet: Eines unserer kürzlich aus dem Mittelmeer zurückgeführten Unterseeboote wurde bei der Führung des Handelskrieges wiederholt von bewaffneten Dampfern angegriffen oder bei der Einleitung und Ausübung des Unterjuchungsrechts und zwar insgesamt nicht weniger als siebenmal beschossen. Es handelte sich fast stets um englische Dampfer, welche durchweg ein oder mehrere moderne 7,6-Zentimeter-Geschütze führten. Auf dasselbe wurde übrigens bei einer vorausgegangen mehrmaligen, gleichfalls im Mittelmeer vorgenommenen Unterjuchung nicht weniger als jechmal das Feuer durch feindliche Dampfer eröffnet. Es gelang aber jedesmal, wie auch bei der letzten Unternehmung, der Geschicklichkeit und Geistesgegenwart des Kommandanten und seiner Bootbesatzung, sich dem feindlichen Feuer immer rechtzeitig zu entziehen.

## Die Kämpfe im Orient.

### Das türkische Hauptquartier

teilt mit: Tigris-Front: Unsere Freiwilligen unternahmen am 27. Oktober einen überraschenden Angriff auf die feindlichen Lagerplätze bei Scheit Said. Sie drangen bis zu einem Schuppen vor, zerstörten ein darin befindliches englisches Flugzeug und kehrten wohlbehalten zurück. Die Engländer, die für diese Kühne Tat Rache nehmen wollten, warfen Bomben auf Bedra (nördlich Kufel-Amara), durch die ein Kind getötet und drei Personen der feindlichen Bevölkerung verletzt wurden. Persische Front: Am 27. Oktober warfen mehrere vorgeschobene Truppen, die die Küsten 50 Kilometer nördlich Hamadan zu Aufklärungswecken an verschiedenen Stellen angegriffen hatten, den Feind aus dieser Gegend und fügten ihm beträchtliche Verluste zu. Dieser Angriff lieferte uns sehr nützliche Aufschlüsse über die Verteilung der feindlichen Truppen. Wir machten bei diesem Angriff einige Gefangene, zerstörten ein Drahthindernis und Telegraphenleitungen und erbeuteten eine Menge Vorräte und Munition. Nach erfolgreicher Erfüllung ihrer Aufgabe sind unsere Truppen wohlbehalten in ihre Stellungen nördlich von Hamadan zurückgeführt. Der Feind, der unsere Vorposten nördlich Sätz zu überfallen versuchte, wurde mit Verlusten für ihn abgewiesen. Kaukasus-Front: Wir haben Ueberfälle und Gefechte feindlicher Aufklärungsabteilungen mit Verlusten abgeschlagen. Von den übrigen Fronten ist nichts Bemerkenswertes zu melden.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Von der neutralen Handelschiffahrt.

Die dänischen Verluste im Oktober betragen sechs Segelschiffe und vier Dampfer, während seit Kriegsbeginn bis Ende September nur 47 Schiffe verloren gegangen sind. Die große Mehrzahl dieser Versenkungen ging, wie „Ektrobladet“ betont, fern von der dänischen Küste vor sich.  
Anfang voriger Woche gingen vom Lyne nicht weniger als achtzehn norwegische Dampfer mit Ladungen der Regierung nach Frankreich in See.

## Reichstagsauschuß für den Reichshaushalt.

Am Montag wurden die Heeresverhältnisse besprochen.  
Abg. Strobl begründete die folgenden Anträge der Sozialdemokraten: den Reichstanzler zu ersuchen, für alle in Heimatsland lebenden Mannschaften die Löhnung auf 50 Pfg. den Tag, für alle im Ausland befindlichen Mannschaften auf 50 Pfg. den Tag festzusetzen, die bisher bezahlten Zulagen den Mannschaften auch fernerhin zu gewähren; das Besoldungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften auf 2,50 Mark pro Tag festzusetzen; davon würden zu wollen;  
a) daß die Jahrgänge 1869 und 1870, letztere, soweit und sobald sie das 47. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Heeresdienste entlassen werden;  
b) in Erwägung der Verhältnisse einzutreten, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit die im Heeresdienst lebenden weiblichen Solde solcher Familien, die bereits einen oder mehrere Angehörige durch den Tod im Felde verloren haben, zum Dienst in der Etappe oder in der Heimat verwendet werden;  
das Budget des Reichshaushalts ein zweitesmal zu prüfen, die seit 1. Oktober 1915 eingezogen worden sind und noch unter dem Jahre zu stehen;  
für den Erlaß und die Durchführung von Vorschriften sorgen zu wollen, durch welche die besonderen Rücksichten für Unteroffiziere berücksichtigt werden.

in jeder Kompagnie ist den Mannschaften täglich durch Anschlag mitzuteilen, welche Nationen ihnen jeweils zuteilen; für jede Kompagnie, Eskadron oder Batterie ist eine Menagekommission einzulegen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allwöchentlich unter dem Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und Fragen der Verpflegung zu besprechen;  
daß den Grenzschutztruppen mobile Löhnung gewährt wird. Die Löhnung reiche bei der allgemeinen Teuerung bei weitem nicht mehr aus. Der Reichstag habe bereits früher einen Antrag auf Erhöhung der Löhnung dem Reichstanzler als Material überwiesen, trotzdem sei nichts geschehen. Dafür sei jene Verfügung erlassen, die die Gehälter eines Teiles der Offiziere herabsetze, aber denen, die die hohen Gehälter schon bisher gehabt haben, doch nichts entziehe. Das sei geradezu eine Verhöhnung. — Völlig ungenügend sei vielfach die Verpflegung geworden. Für Offiziere und Unteroffiziere werden oft die besten Nahrungsmittel weggenommen und die Mannschaften entsprechend geschädigt. Die für Verpflegung in Mithandlungen seien dank dem einschiedenen Eingreifen des früheren stellvertretenden Kriegsministers v. Wandel letzterer geworden. Dagegen lassen die Klagen über unerträgliche Beschimpfungen nicht nach. Wozu auch im Felde die Paraden? Dazu seien sogar Mannschaften aus den Schützengräben zugezogen worden, selbst wenn die Leute zu diesem Zwecke durch Sperrefeuer mühten. Es sei nicht zu verantworten, daß unsere Soldaten aus einem solchen Grunde in schwere Lebensgefahr gebracht werden. — Ungehört sei es, daß Leute zum Kriegsdienst eingezogen werden, um sie zu bestrafen wegen ihrer politischen Gesinnung, z. B. weil sie die Friedenspetition der Sozialdemokratie unterschrieben haben. Weshalb werden so viele Mannschaften, die offensichtlich zum Dienste garnicht mehr geeignet seien, lange Zeit in den Lagerten festgehalten? Die Zensur der Briefe, die von der Mannschaft in die Heimat geschickt werden, sollte nicht von den unmittelbaren Vorgesetzten, sondern von einer höheren Stelle ausgeführt werden, der die einzelnen Leute nicht bekannt sind. Im Felde werde politische Agitation für die Gelben und für alldenkliche Bestrebungen zugelassen. Mit welchem Rechte werden Dissidenten als minderwertig hingestellt, jedoch sie unter keinen Umständen zu Offizieren befördert werden sollen? Noch immer seien viele Driedeberger in den Kriegsgesellschaften, den militärischen Bureaus usw. Bei den Vorkämpfen für die Entlassungen der Eingezogenen nach dem Friedensschluß sollen die noch einige Zeit zurückgehalten werden, die sich dazu, weil sie noch keine Arbeitsstelle haben, freiwillig melden, selbstverständlich gegen eine angemessene Entschädigung. Bei den Bekleidungsämtern sind zu viele Offiziere.

Oberst v. Wriesberg hat, auch fernerhin alle unliebsamen Vorkommnisse dem Kriegsministerium zu melden. Dort werde jeder Fall gründlich untersucht und scharf eingeschritten, wenn ein Verstoß ermittelt werde. Den Wünschen, die vorgebracht seien, sei Rechnung getragen worden, soweit es die militärische Lage irgend zulasse. Mannschaften sollen nicht aus politischen Gründen eingezogen werden. Das dürfe aber nicht gebudet werden, daß die, die als unabhkömmlich zurückgestellt seien, nicht arbeiten, sondern gehen und streifen. Solche Leute mühten eingezogen werden. Die Wünsche in bezug auf die Zensur der Soldatenbriefe seien bereits erfüllt worden. Unausführlich geschehe alles, um Driedeberger zu fassen. Wenn aber die Reichsstellen erklären, dieser oder jener sei unentbehrlich, dann müsse das Kriegsministerium dies als eine Tatsache hinnehmen. Die Schonung der durch den Tod der Söhne schwer getroffenen Familien sei bereits infolge der früheren Erörterung im Ausschuss durch eine Verfügung vom 30. Oktober 1916 angeordnet worden. — In welcher Reihenfolge die Mannschaften nach dem Friedensschluß entlassen werden sollen, werde jetzt erwogen. Selbstverständlich werden die Landsturmeute zuerst entlassen.

Der Militärbesollmächtigte von Sachsen: Paraden im Felde seien unentbehrlich. Die Mannschaften wollen ihren obersten Kriegsherrn begrüßen. Dabei würden auch die Auszeichnungen wegen Tapferkeit verteilt. Die Abteilungen, die in den Schützengräben liegen, wollen auch an den Paraden teilnehmen, sonst fühlen sie sich zurückgesetzt.  
Abg. Schöpflin trat nachdrücklich für eine bessere Verpflegung der Mannschaften ein. Besonders erbitterte es, wenn die Offiziere in der Verpflegung so sehr begünstigt werden. Mangelhafte Verpflegung seien offenbar nicht genügend gewissenhaft und bekümmern sich deshalb nicht so gründlich um die Verpflegung, wie es ihre Pflicht ist.

General v. O. v. n. versicherte, daß das Kriegsministerium den größten Wert auf die Verpflegung lege und alles tue, damit auch die Mannschaften angemessen verpflegt werden. Er erhalte sogar von amtlichen Stellen auch solche Schreiben, die Einspruch dagegen, erheben, daß die Mannschaften zu gut verpflegt und dadurch verwöhnt werden; wenn sie wieder entlassen werden, werden sie infolge der früheren zu guten Verpflegung umso unzufriedener. Unteroffizierskantinen seien verboten und werden beseitigt, sobald sie ermittelt werden. Die Offiziere erhalten nicht mehr Nahrungsmittel, als die Mannschaften. Sie schaffen aber auf ihre eigene Kosten Zuschüsse dazu herbei, und das erwecke den Anschein der Ungleichheit. Menagekommissionen beständen; sie seien eine alte Einrichtung. Eine Verfügung werde darauf hinweisen, wie diese Einrichtung am besten nutzbar gemacht werden könne. Von der Löhnung dürfen Abzüge unter keinen Umständen gemacht werden.  
Abg. Weinhöck (K.): Die Klagen der Sozialdemokraten seien nur in Ausnahmefällen berechtigt; leider seien diese Ausnahmefälle aber sehr häufig.

Abg. Liesching (Zp.) schloß sich den Beschwerden der Sozialdemokraten an.  
Abg. Dr. Cohn (SN): Daran sei nicht zu zweifeln, daß die Militärverwaltung für die Verpflegung der Mannschaften aufs Beste zu sorgen bestrebt sei. Aber bei den unteren Organen kämen nur zu oft Ungehörigkeiten vor. Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Offiziere keinen Anteil an der Mannschafspfegung haben würden. Die Offiziersgehälter seien so hoch, daß diese Herren ihre Ernährung aus der eigenen Tasche sich besorgen und bezahlen könnten. Ist es wahr, daß dem Deutschen Wehverein seit Ausbruch des Krieges jährlich ein Zuschuß von 60 000 Mark gewährt werde? Aus welchen Mitteln und zu welchem Zweck werden diese Gelder bewilligt? Wie steht es mit der vom Reichstag verlangten Herabsetzung des Militärstrafgesetzbuches?

Ein Vertreter des Kriegsministeriums antwortete, daß die Vorbereitungen, das Militärstrafgesetzbuch durch Herabsetzung der Mindeststrafen zu ändern, im Gange seien. Die höheren Kommandobehörden seien in dieser Sache befragt worden. Die Antworten liegen bereits vor und sollen jetzt möglichst schnell bearbeitet werden.  
Abg. Giesberts begründete zwei Abänderungsanträge zu dem Antrage der Sozialdemokraten. Danach soll verlangt werden, daß das Besoldungsgeld der aus dienstlichen Gründen auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verteuerten Lebensmitteln gestaltet werde und daß die verheirateten Mannschaften, besonders solche mit großer Kinderzahl der älteren Jahrgänge, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat beurlaubt würden.  
Abg. Stülken (Soz.) bittet, daß der Erlaß über Schonung gewisser Familien veröffentlicht werde. Er erhob dagegen Einspruch, daß von den Paraden im Felde auch solche Mannschaften herausgezogen werden, die unter Lebensgefahr aus den Schützengräben herbeizuziehen mühten. Wenn die Leute hierbei ihren Tod fänden, wäre das nicht zu verantworten.

General v. O. v. n. erklärt, daß die Erhöhung der Pflegekosten schon vorbereitet sei. Außerdem stellte er fest, daß Ersparnisse in den Kantinen und Marktentendern nur für die Mannschaften selbst verwendet werden dürfen.  
Abg. Schöpflin (Soz.): Ganz besonders bedauerlich sei es, daß Mannschaften im Felde zu Arreststrafen verurteilt und zur Abbüßung an einen Baum gebunden werden. Diese Strafe passe nicht mehr in unsere Zeit und sollte unbedingt beseitigt werden.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Dem Deutschen Wehverein seien keine besonderen Zuwendungen gemacht. Dagegen beziehe das Kriegsministerium die Zeitfragen des Weh-

vereins, „Die Wehr“, und schide sie als Besatzung ins Feld. Dafür werde allerdings dem Wehrverein eine größere Entschädigung gewährt.

Abg. Dr. Pfeiler weist auf den Pferdemangel in der Landwirtschaft hin und bittet, daß die Militärbehörde helfe, diesen Mangel zu beseitigen.

Der Vertreter des Kriegsministeriums: Die Oberste Heeresleitung habe in sehr wirksamer Weise in dieser Beziehung mitgewirkt und eine große Anzahl Pferde vorübergehend zur Verfügung gestellt.

Die Abgg. Feld und Fegter brachten dann noch einige Beschwerden vor.

Dann wurden die Arbeiterfragen in den Militärwerkstätten besprochen.

Abg. Brandes (Soz.) wies auf die großen Leistungen hin, die von den Arbeitern in den Militärartikel-Fabriken verlangt werden. Diese hohen Leistungen können nur dann erreicht werden, wenn doppelte und dreifache Schicht eingeführt wird. Ebenso müßte der größte Wert auf die Ernährung und Behandlung der Arbeiter gelegt werden. Bei der Belegung der Arbeitsstellen sollte nicht allgemein von Offizieren entschieden werden, sondern es sollten Sachverständige aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer zugezogen werden. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hänge sehr davon ab, daß der Arbeiter an derjenigen Stelle beschäftigt werde, wo er am leistungsfähigsten ist. Sehr bewährt haben sich die Schlichtungskommissionen, in denen außer der Militärbehörde auch die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer mitwirken. Leider seien diese Schlichtungskommissionen nur in den Bezirken einzelner Generalkommandos eingeführt worden. Wo sie nicht vorhanden seien, da würden die Arbeiter oft nicht sachgemäß erledigt, in allen Fällen aber dauerte die Erledigung viel zu lange. Ein Arbeitswechsel müßte den beurlaubten Arbeitern möglich sein, wenn sie in kurzer Zeit eine passende Stelle finden. Unter keinen Umständen sollte es zugelassen werden, daß ein Unternehmer die Ansprüche der Arbeiter auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Drohung unterdrücke, er werde dafür sorgen, daß der Arbeiter wieder in den Schützengraben komme. In den Pulverfabriken sei die Lohnsteigerung durchaus ungenügend. Bei der Arbeit selbst müßten Schutzmaßnahmen möglichst durchgeführt werden. Rehner führt einen bezeichnenden Fall aus Mülhausen an.

Oberst v. Wiesberg versprach, daß alles geschehen solle, um die Wünsche der Arbeiter, soweit es irgend geht, zu erfüllen und dadurch die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Abg. Bauer (Soz.) gab zu, daß die Militärverwaltung den besten Willen habe, jedoch sei notwendig, daß das Arbeitsamt im Kriegsministerium nicht wie jetzt nur hin und wieder in Fühlung mit den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer trete, sondern regelmäßig mit ihnen in Fühlung bleibe und sie stets vorher höre, wenn sich neue Anordnungen als notwendig erweisen. Die Frauenarbeit werde jetzt in immer weiterem Maße angewendet, selbst bei Arbeiten, die ihrer Natur nach für Frauen ungeeignet sind. Unter allen Umständen müssen aber die Frauen stets ärztlich untersucht werden, bevor ihnen eine derartige anstrengende Arbeit zugemutet wird. Bei dem Bestreben, Ausländer zu den Arbeiten heranzuziehen, müsse mit großer Vorsicht und mit Verständnis für die Arbeiterverhältnisse vorgegangen werden. Den Gewerkschaften müsse es möglich sein, sich auch der ausländischen Arbeiter anzunehmen. Leider hätten das preussische Ministerium des Innern und der preussische Handelsminister dagegen Einspruch erhoben. Dieser Einspruch müsse recht bald beseitigt werden. Die polnischen Arbeiter aus Rußland würden leider nur zu oft bei der Anwerbung für Arbeiter in Deutschland getäuscht. Ganz besonders starke Beschwerden liegen vor aus Kehlheim und Weiskalen und aus der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk. Die Löhne seien vielfach sehr gering; dies gelte auch für die Krupp'sche Fabrik, wo ein starker Terrorismus auch während des Krieges ausgeübt werde. In diesen ganzen Bezirken fehle die Schlichtungskommission. Das Generalkommando des sechsten Armeekorps in Münster wolle durchaus nicht zu dieser Maßnahme greifen, die sich sonst überall aufs Beste bewährt habe. Auch in Staatsbetrieben kämen unerhörte Behandlung und zu niedrige Löhne vor. Der Tarifvertrag, der im Nordmadergewerbe zwischen Unternehmern und Arbeitern abgeschlossen sei, sei von der preussischen Feldzeugmeisterei nicht als maßgebend anerkannt worden. Das Versammlungsrecht der Arbeiter werde noch an manchen Stellen nicht genügend geachtet. Die Generalkommission der Gewerkschaften habe immer wieder Beschwerden dem Kriegsministerium unterbreitet. Es dauere aber viel zu lange, bis sie beseitigt werden.

Oberst v. Wiesberg: Er wolle sich nicht auf Einzelheiten einlassen, verführe aber, daß alles geprüft und alles getan werden soll, um Besserung zu erreichen.

Ein anderer Vertreter des Kriegsministeriums versicherte, daß die Löhne in den Pulverfabriken beträchtlich erhöht seien, zum Teil wieder in den letzten Tagen.

Dann wurde über die Anträge hierzu abgestimmt. Der Antrag der Sozialdemokraten, der eine Erhöhung der Löhnung forderte, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, der die Schonung der durch den Krieg bereits schwer getroffenen Familien fordert, wurde mit Rücksicht auf die zugehenden Erklärungen des Kriegsministeriums zurückgezogen. Die anderen Anträge der Sozialdemokraten wurden zum Teil nach den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien angenommen. — Dienstag: Ernährungsfragen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Anfragen im Reichstage.

Abg. Dr. Quara fragt: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß auf Grund des § 11 des Militärunterstützungsgegesetzes von 1888 zahlreiche Familien von Kriegsteilnehmern der Kriegsunterstützung und der Reichswochenhilfe verlustig gehen und der Armeenhilfe anheimfallen? Besteht die Absicht, den § 11 einer entsprechenden Abänderung zu unterziehen und dem Reichstage demnächst eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten?“

Eine Anfrage des Abg. Kuffhoff bezieht sich auf den Schutz jugendlicher Personen in ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung. Er fragt:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, dahin zu wirken, daß im Sinne eines geeigneten Schutzes der Jugend gegenüber den im Kriege erhöhten Gefahren, insbesondere für die Bekämpfung der Schundliteratur und des Anonimweins gemeinsame Richtlinien für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches an alle stellvertretenden Generalkommandos gegeben werden, so wie es für die militärische Vorbereitung der Jugend durch die Verfügung vom 16. August 1914 geschehen ist.“

Der Abg. Schwarz (Schweinfurt) hat folgende Anfrage gestellt:

Die Kommunalverbände und städtischen Verwaltungen, welche an die ihnen angehörigen oder zugewiesenen Bevölkerungsteile Lebensmittel gegen Bezahlung abgeben oder vermitteln, sind im Zweifel, ob sie hierfür der Umjahsteuer unterliegen. Der Fragesteller wünscht, daß dafür Sorge getragen wird, daß dieser nicht gewerbsmäßige Umsatz von der genannten Steuerpflicht befreit bleibt.

#### Ein neues Kriegsamt.

Beim Wechsel im preussischen Kriegsministerium hat sich die Einrichtung eines neuen Kriegsamts nötig gemacht, das dem Kriegsministerium angegliedert ist. Dem neuen Kriegsamt sind unterstellt die Beschaffung und Ernährung von Munitionsarbeitern, Versorgung des Heeres mit Kriegsmaterial, der Mannschafteinsatz, die Herstellung von Munition und anderem Kriegs-

# Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 1. Novbr. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Mit besser werdender Sicht sieht im Sommegebiet an mehreren Abschnitten lebhaftere Artillerietätigkeit ein. In den Abendstunden gingen die Engländer aus der Gegend Courcellette und mit starken Kräften aus der Linie Guendecourt—Desboeufs zum Angriff vor. Nördlich von Courcellette kam in untern Abwehrfeuer der Angriff nicht vorwärts. Westlich von Lez Arsoy brach er verlustreich, an einzelnen Stellen im Nahkampf, zusammen.

### Heeresgruppe Kronprinz.

Der Geschützkampf auf dem Ostufer der Maas war zeitweilig lebhaft.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Gegen die am 30. Oktober von uns genommenen Stellungen auf dem östlichen Karajowka-Ufer führte der Russe nach starker Artilleriewirkung bei Einbruch der Dunkelheit heftige Gegenangriffe, die fünfmal wiederholt, unter blutigen Verlusten scheiterten.

Auch die ottomanischen Truppen hielten das gewonnene Gelände gegen starke Angriffe und warfen an einer Stelle den eingebrochenen Feind im schnellen Gegenstoß zurück.

An der Bistritz-Solotwinka wiesen österreichisch-ungarische Truppen feindliche Abteilungen durch Feuer ab.

### Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In Siebenbürgen ist die Gesamtlage unverändert.

Einen wichtigen Erfolg errangen westlich der Peleal-Strasse österreichisch-ungarische Regimenter, die in die rumänische Stellung einbrachen und 10 Infanteriegeschütze und 17 Maschinengewehre erbeuteten.

Südlich des Koken-Turm-Passes machte der Angriff Fortschritte.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung.

### Mazedonische Front.

Am Cerna-Bogen und zwischen Bukowa und dem Tahino-See nahm die Artillerietätigkeit wieder zu. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

material. Als Leiter des Kriegssamts ist der bisherige Chef des Feldpostenwesens, Generalmajor Gröner in Aussicht genommen.

#### Die Konzeptionspolitik.

Wie die „Welt am Montag“ aus sicherer Quelle erzählt, ist nach dem Beschluß des Reichstagsausschusses eine Statistik der Religion der Angestellten in mehreren Kriegsgeellschaften bereits aufgenommen worden.

#### Ein Schulbekenntnis.

In Halberstadt fand dieser Tage ein Evangelischer Gemeindegottesdienst statt, der sich mit der Frage beschäftigte, „wie es innerhalb der Kirche zu lebendigen Gemeinden kommen könne“, d. h. die Gemeinden „dem Ideal einer christlichen Glaubens- und Liebesgemeinschaft näher zu führen.“ Dabei kam vor allen Dingen das Problem der Gewinnung von Männern aus dem Arbeiterstand zur Erörterung. Pastor Herz aus Leipzig legte in einem Vortrage über „die Kirchengemeinde und ihr Arbeiterstand“ Zeugnis vor, aus denen folgende Stellen hervorgehoben seien:

„Die Kirchengemeinden und ihre berufenen Vertreter haben vielfach durch ihre politische und soziale Haltung die Interessen des Arbeiterstandes verleht und dadurch zur Kirchenfeindschaft der Arbeiter mit beigetragen.“

Die politische, geistige und religiöse Entwicklung des Arbeiterstandes machte freilich den Kirchengemeinden die rechte Stellung zur Arbeiterklasse nicht leicht. Durch den Krieg hat sich in politischer, geistlicher und religiöser Beziehung eine tiefgehende Veränderung angebahnt, der unsere Kirchengemeinden Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Kirchengemeinden müssen in ihrer theoretischen Beurteilung des Arbeiterstandes und in ihrer praktischen Stellung zu ihm grundsätzlich umlernen und in politischer, sozialer und kirchlicher Beziehung daraus die Folgerungen ziehen.

Aus den kirchlichen Ordnungen und der kirchlichen Praxis ist alles das entzogen zu werden, was dem Arbeiterstande herabsetzenden Anstoß gibt. Auf dem Gebiete der kirchlichen Versammlung ist dem Arbeiterstande viel mehr als bisher in voller Gleichberechtigung Gelegenheit zu praktischer kirchlicher Mitarbeit zu geben. Durch ein tieferes psychologisches Einfühlen in die sozialen Nöte, die geistige Lage und die religiösen Bedürfnisse des Arbeiterstandes müssen unsere Kirchengemeinden für ihre Arbeiterklasse ein innerlicheres Verständnis gewinnen und dadurch die kirchliche Arbeit an dem Arbeiterstand wirksamer machen.“

Entschiedener, wie es hier durch kirchliche Kreise selbst geschieht, kann das Verhalten der Kirche zu der Arbeiterklasse, wie es vor dem Kriege in Uebung war, kaum verurteilt und besser das Mißtrauen weiter Arbeiterkreise zu der Kirche und ihren Vertretern kaum gerechtfertigt werden.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 1. November.

Der Bürgerausschuß empfahl in seiner heutigen Sitzung folgende Senatsanträge der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung: Ueberlassung des sogenannten Versuchsfeldes in der Vorstadt St. Lorenz an den Gartenbauverein auf weitere zehn Jahre. Haushaltsplan, betreffend den Elbe-Tranekanal für das Rechnungsjahr 1917. Erweiterung der Erlösabgabe in Schlutup (66 000 Mk.). Verlegung des Glasbüttenweges. Geländeverkauf an der Wafenstrasse. — Mitgenehmigt wurden folgende Senatsanträge: Bauliche Veränderungen an der Scheune der Friedhofsgärtnerei (4450 Mk.). Erwerb einer kleinen Landfläche bei Klanfenjee. — Einer Kommission überwiesen wurde der Senatsantrag auf Abänderung des Bebauungsplanes für das Gelände der früheren Eisenanstalt.

#### Erweiterung der Leistungen der Krankenkassen?

Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Deckcher hat im Reichstag die Anfrage eingebracht:

Es hat sich als notwendig erwiesen, den Krankenkassen zu ermöglichen, ihren Mitgliedern neben den sachgemäßen Bezügen in geeigneten, vom Arzt geprüften Fällen Krankenkosten zu bewilligen. Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob eine entsprechende Verordnung im Bundesrat geplant ist und eventuell wie weit die Vorarbeiten hierzu vorgeschritten sind?

Der Antwort kann man mit großem Interesse entgegensehen, denn es handelt sich hier in der Tat um eine Angelegenheit von allergrößter Bedeutung, besonders in der jetzigen Zeit der Lebensmittelteuerung. Fraglich ist nur, ob die Klassen diese Erweiterung der Leistungen ohne eine Erhöhung der Beiträge leisten können.

Die Geschäfte sind am kommenden Sonntag bis 6 Uhr abends geöffnet. Der hiesige Detaillistenverein ersucht die Käufer, namentlich die auswärtigen, Bezugslisten für die Bekleidungsbranche zu beschaffen und stempeln zu lassen.

Wo bleibt das Schweinefleisch? Der Schweinefleischmangel in den Städten hat bekanntlich eine natürliche Ursache: unzureichende Futtermittelknappheit infolge unserer Absperrung vom Auslande. Daneben gibt es künstliche Ursachen. Einmal die Möglichkeit, daß mehrere Familien zusammen das sogenannte Pensionsschwein mästen dürfen. Ferner, weil den Selbstversorgern auf die Reichsfleischkarte nur die Hälfte in Anrechnung gebracht wird. Doch das alles wirkt nicht in dem Maße auf die geringfügigkeit der Schweinefleischmengen, die der Allgemeinheit verbleiben, als der Umstand, daß für den Handel mit Zuchttschweinen keine Preise festgesetzt sind. Die Folge davon ist, daß Schlachtschweine als Zuchttschweine zu den unglücklichsten Preisen verkauft und angekauft werden. Es werden da ganz schwindelhafte Zahlen genannt. Für 100 Pfund werden 350 und mehr Mark bezahlt. Nachdem diese „Zuchttschweine“ entsprechend den Bestimmungen sechs Wochen lang von dem Käufer weitergemästet sind, dürfen sie bekanntlich geschlachtet werden. Natürlich sind nur gutstücker Leute in der Lage, die genannten Preise zu zahlen. Aber das Geld spielt bei diesen keine Rolle. Worauf es ankommt, ist, daß sie mit Fett und Fleisch versorgt sind. Die weitere Folge aber ist, daß die an und für sich schon geringen Mengen Schweine für die breiten Volksmassen fast vollständig vom Markt verschwunden sind. Da diese totale „Fettlosigkeit“ — die übrigen Fettmengen sind ebenfalls äußerst geringfügig — aber eine schwere Gefahr für die Volksgesundheit und Volkskraft ist, so ist es ein zwingendes Gebot für die maßgebenden Behörden, hier Abhilfe zu schaffen. Es müssen Preise für Zuchttschweine angelegt werden, die nicht viel höher sind, als die für Schlachtschweine. Auch zur Garantie für die Weiterzucht müssen angemessene Regeln aufgestellt werden.

Die Lübecker Kriegsausstellung, die in allen Räumen und im Garten des Colosseums untergebracht ist, wird heute nachmittag eröffnet werden. Gestern folgten die Vertreter der Presse einer Einladung des Ausschusses und nahmen an einer Vorbereitungsbesprechung teil. Schon vor dem Lokal an der Kronsförder Allee sperren eine Anzahl Geschütze drohend ihre Mäuler auf und machen stumm und doch wieder so beredt die Passanten auf die Verantwortlichkeit aufmerksam. Betritt man die Säle, so gewinnt man erst den richtigen Eindruck von dem Umfang und der Vielseitigkeit der Ausstellung. Uniformen und Waffen der verschiedensten an Kriege beteiligten Völker, erbeutete Geschütze und Maschinengewehre, Munition, Ausbläser, Blindgänger, Granatsplitter und vieles andere mehr ist dort zu sehen. An die kühnen Luftkämpfe erinnert ein herabgefallenes feindliches Flugzeug. Das größte Interesse dürften jedoch die Stüde aus der Seeschlacht am Skagerrak finden. Von der ungeheuren Kraft und zerstörenden Wirkung der riesigen Schiffsgeschütze zeugen die zerstörten Panzerplatten und Schornsteinteile eines großen Kreuzers, die von einem Querschläger getroffen, schwer beschädigt und verbogene baumdicke stählerne Schiffswele, sowie zerstörte und zerstückte Teile der Außenhaut englischer Kriegsschiffe. Auch ein Torpedo funktelt dort im gelben Glanz seines Metalls. Eine Anzahl geschickt gestellter Gruppenbilder zeigt Soldaten und Sanitäter auf den verschiedensten Gebieten in Tätigkeit. Eine Sammlung von Proklamationen und Erlassen der Befehlshaber in den besetzten Gebieten, so u. a. die amtliche Bekanntgabe der erfolgten Erziehung des Kapitans Frantz an die Bevölkerung von Brügge, englische Werbeplakate für den Eintritt in das Heer vervollständigen die Ausstellung, die auch eine kleine speziell-lübische Abteilung hat, in der Arbeiten von Kriegsveteranen, Bilder vom Ausmarsch der lübischen Truppen usw. zu sehen sind. Das Reichspostmuseum hat eine kleine Sonderausstellung eingerichtet, in welcher die außerordentlich umfangreiche Tätigkeit der Feldpost im Bilde veranschaulicht wird. An den Einbruch der Russen in Ostpreußen erinnert ein deutscher Briefkasten, den die Soldaten des Jaren mit dem Bajonett zu erbrechen versuchten und ein russischer Briefkasten, den sie in einer deutschen Stadt angebracht hatten und bei ihrem schmerzlichen Verschwinden im Stiche ließen. Im Garten haben allerhand Fahrzeugwerke wie Panzerwagen, ein Automobil, das die Engländer in der Scheibe versenkten, ein zerstörter Munitionswagen Auffstellung gefunden. Wir wollen es für heute bei diesen wenigen Angaben belassen, die lange kein vollständiges Bild von der Fülle der zur Schau gestellten Dinge geben können. Noch immer wütet der fürchterliche Zerstörer Krieg und alles Denken und Fühlen konzentriert sich auf ihn. In der Kriegsausstellung werden nun die in ihm verwundenen Mordwaffen und seine Schrecken dem Auge der in der gesicherten Heimat Lebenden vorgeführt. Sicherlich werden sehr viele die Gelegenheit benutzen, um diesen Einblick zu gewinnen. Aber die Kriegsausstellung bejuchet, fördert obendrein auch einen guten Zweck, denn ihr Ertrag kommt dem Roten Kreuz und damit den Opfern des Krieges zugute.

Gleichmäßige Marmeladen- und Käseverteilung wünscht der Kriegsausschuß für Konsuminteressen in Eingaben an das Kriegsernährungsamt, damit die beiden letzten Brotbelag- und -aufstrichmittel ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Lage und Haushaltsgröße der Bevölkerung in den Verbrauch gelangen. An Stelle des freien Willens in Käsezugang und -handel soll das bewährte Zwangssystem Geltung erlangen. Die den Molkereien verbleibende, möglichst zu vergrößernde Magermilchmenge soll ausschließlich zu Käse verarbeitet werden, die Verteilung wäre ähnlich wie bei der Butter zu regeln. Die Rationschwierigkeiten infolge der Zulassung zu vieler Käse- und Marmeladensorten lassen leider nur eine Sperrkarte zu, die jedem Verbraucher eine bestimmte Jahresverbrauchsmenge gewährt. Haushaltsvorräte müssen gegen eidsstattliche Versicherung angerechnet werden. Schließlich verlangt die Marmeladeneingabe des Konsumenausschusses erneut die Festsetzung eines von der ganzen Bevölkerung mit Recht erwarteten niedrigen Preises. Der jetzige Zustand, daß für Marmelade ein Pfundpreis von 64 Pfg. besteht, also ohne Zucker eingekocht, aber 1,50 Mk. kostet, ist in der Tat unhaltbar.

Milchverfälschung brachte die Milchhändlerin Marie Böhl aus Niederbiffau gestern vor die Schranken des hiesigen Schöffengerichts. Die Angeklagte hat die Vollmilch abends entrahmt und sie dann am andern morgen noch als Vollmilch an das Publikum abgegeben. Das Urteil lautete auf 1000 Mk. Geldstrafe oder 100 Tage Haft.

Stadtheater. Das am Freitag zur Schröderfeier zur Ausführung gelangende Lustspiel von Molliere „Die Weiber von Urdelung“ mit Stanislaus Fuchs in der Hauptrolle, wird in der Uebersetzung von Ludwig Fuchs gegeben. Die einzelnen Aufschlüsse werden nicht durch Fallen des Vorhangs angezeigt, sondern durch Verdunkelung der Bühne und drei Klopffeuern. Die übrigen Hauptrollen sind besetzt mit Irmgard Bern und Klara Wassermann, Max Deutschländer, Wolfgang Grube und Erich Schubert.

Hamburg. Schmiegelder. Auf Strafantrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen verurteilte das Schöffengericht 5 zu Hamburg am 30. Oktober den Einfuhr Paul Marquardt wegen Fördern von Bestechungsgeldern zu einer erheblichen Geld-

**Am 14. Oktober** beurteilte das Schöffengericht Kiel ebenfalls auf Antrag des genannten Vereins den Werkmeister Karl Ludmann wegen Bestechung zu einer Geldstrafe und zur Auszahlung von 500 Mark empfangener Schmiergelder an den Staat. — Kakaoshalen statt Schokolade. Der Kaufmann Harry Müller, der in Amsterdam und Hamburg einen Wohnsitz hat, kaufte im Herbst 1914 von einer holländischen Fabrik 10 000 Kilogramm Schokolade. Diese verkaufte er an den hiesigen Kaufmann Leopold Singer zum Preise von 110 Gulden für 100 Kgr. Da S. annahm, daß die Ware nicht nach Probe geliefert sei, ließ er eine Probe von einem Handelschemiker untersuchen. Dieser gab sein Gutachten dahin ab, daß die Schokolade zwar nicht gut sei, aber dem Standpunkt des Chemikers dagegen nichts einzuwenden sei. M. und S. einigten sich dann, daß jeder die Hälfte der Ware übernehmen wollte, und daß die Nutzen oder Schäden zu gleichen Teilen tragen wollten. M. wollte dann die Hälfte der Ware in Auktion verkaufen lassen, jedoch lehnte der Auktionator den Verkauf ab, weil ihm mitgeteilt worden war, daß die Schokolade nicht einwandfrei sei. S. hatte inzwischen die andere Hälfte der Ware dem Vermittler Löwe zur Hälfte seines Einstandspreises angeboten. L. fand auch einen Käufer in der Person des Kaufmannes Höing in Köln. Da S. aber inzwischen erfahren hatte, daß nach einem Gutachten des Professor Vogt vom Botanischen Institut die Schokolade aus Kartoffelstärke und Kakaoshalen bestand, lehnte er die Lieferung ab. H. bestand aber auf Lieferung oder verlangte einen Schadenersatz von 4900 Mark, obgleich seinem Vermittler das Bogt'sche Gutachten schon vorher bekannt gewesen sein soll. S. ließ sich aber auf nichts ein, und nun denunzierte S. den H. wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz. Das Schöffengericht verurteilte M. und S. auch zu je 1000 Mark oder 100 Tage Gefängnis. Gegen dieses Urteil legten M. und S. Berufung ein, die nun vor der Strafkammer II zur Verhandlung gelangte. Auf Grund der neuen Beweisaufnahme wird die Strafe gegen M. auf 500 Mark oder 50 Tage Gefängnis herabgesetzt. S. wird nur wegen Fahrlässigkeit zu 100 Mark oder 10 Tagen Haft verurteilt. Die beschlagnahmte Schokolade wird eingezogen.

**Aus dem Gerichtssaal.**

Zu 5300 Mark Geldstrafe verurteilt. Aus Stolp in Pomern wird geschrieben: Als im Juni dieses Jahres die Kartoffelknappheit am größten war, wurden bei einigen Landwirten Nachprüfungen der bei der letzten Bestandsaufnahme gemachten Angaben vorgenommen. Besonders die niedrigen Angaben des Rittergutsbesitzers v. Jelewski in Schöneichen im Landkreise Stolp ließen vermuten, daß größere Mengen verschwiegen waren. Diese Vermutung bestätigte sich. Man fand im Herrenhause 87 Zentner der besten Speisefertkartoffeln, die sofort der Beschlagnahme verfielen. Das Schöffengericht in Stolp verurteilte den Rittergutsbesitzer v. Jelewski wegen unrichtiger Angaben bei der Kartoffelbestandsaufnahme zu 5300 Mark Geldstrafe, sein Inspektor und sein Brennereiverwalter wurden in je 20 M. Geldstrafe genommen.

**Drei Jahre** Zuchthaus für einen Kriegsbetrüger. Vor dem Landgericht Halberstadt wurde nach fünfjähriger Verhandlung ein Prozeß zu Ende geführt der sich gegen einen besonders gemeingefährlichen Kriegsbetrüger richtete. Angeklagt war der Techniker und Kaufmann Paul Höppler aus Magdeburg. Er gründete kurz nach Kriegsausbruch, trotzdem er überschuldet und ohne jeden Kredit war, in Blekendorf ein Lebensmittelgeschäft unter dem tönenden Namen „Mitteldeutsches Handelstouren“. Durch auffällige Inzerate in den großen Tageszeitungen ganz Deutschlands bot er Lebensmittel aller möglichen Art zum Kauf an; auf die gleiche Weise forderte er Angebote von Waren aller Art ein. Ganz besonders legte er sich auf den Kartoffelhandel. Er schloß Aufträge auf Lieferung von Hunderttausenden von Zentnern Kartoffeln ab; geliefert aber hat er den Bestellern nicht eine einzige Kanne! Seine Opfer waren namentlich kleinere Stadtverwaltungen im Königreich Sachsen, im Herzogtum Braunschweig und in den Provinzen Hannover und Rheinland. Auch mit anderen Behörden und militärischen Dienststellen abgeschlossene Verträge hat er nicht erfüllt. Die Anklage legte ihm nicht weniger als 184 strafbare Handlungen zur Last. Er wurde in 96 Fällen für überführt erachtet und wegen Betrug, Ueberschreitung von Höchstpreisen usw. zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Dasselbe Gericht verurteilte wenige Tage vorher nach achttägiger Verhandlung den Bruder des Angeklagten, Wilhelm Höppler, wegen betrügerischer Massengründung von G. m. b. H. zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

**Politischer Prozeß.** Wegen Vergehens gegen § 130 des R.-Str.-G.-B. waren vier Lehrlinge aus Weimar und zwei jugendliche Arbeiter aus Jena unter Anklage gestellt. Sie wurden beschuldigt, Flugblätter verfaßt, angefertigt und verbreitet zu haben, durch deren Inhalt der öffentliche Frieden gefährdet wurde. Die Strafkammer des Landgerichts in Weimar verhandelte unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die sechs jungen Leute. Es wurden Strafen von 2 bis zu 9 Monaten, zusammen gegen die sechs Angeklagten 25 Monate verhängt. Die bei einzelnen bis zu 5 Monaten dauernde Untersuchungshaft wurde angerechnet, so daß durch dieselbe bei zwei Verurteilten die Strafe als verbüßt galt.

**Bürgerliste.**

Als lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Tischlergeselle Albrecht. Heizer Arndt. Telegraphenarbeiter Behnichen. Profurist Brodmüller. Profurist Busch. Arbeiter Dohrendorf. Bote Dohrendorf. Arbeiter Drews. Profurist Eisfeldt. Eisenbahnschaffner Hanjen. Bureauhilfe Hartwig. Seemannsdiener Heidenreich. Werkzeugschlosser Heiß. Lehrer Huth. Maurergeselle Jarchow. Laternenwärter Kaezelau. Oberbahnassistent Kusch. Ingenieur Kraupe. Postschaffner Krellenberg. Steinlegergeselle Krohn. Inspektionsbeamter Kusch. Optiker Loest. Lagermeister Lütgens. Hausmeister Mett. Tischlergeselle Moch. Museumswärter Moll. Bankdiener Mundt. Klempnergeselle Ohle. Kaufmann Philippi. Schlafter Richter. Kutischer Rühming. Eisenbahn-Betriebssekretär Rujch. Träger Schomaker. Schutzmann Schulz. Lehrer Söhren.

**Sprechsaal.**  
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Die Menschenhungen.**  
In der letzten Bürgerchaftssitzung ist mit Recht bittere Klage darüber geführt worden, daß beim Kartoffelverkauf der Kriegshilfe die endlosen Menschenhungen nicht vermieden worden sind. Nunmehr scheint hier für Abhilfe gesorgt zu sein, indem die Kartoffeln durch die Händler zur Ausgabe gelangen. Die Menschenanmahlungen an einigen wenigen Stellen der Stadt wegen der Kartoffeln sind verschwunden. Das ist nur zu begrüßen. Leider bilden sich nun aber an anderen Stellen wiederum neue Menschenanmahlungen, die nach meiner Meinung vermieden werden müßten. Ich habe nicht nur den Knochenverkauf, sondern auch den Verkauf der städtischen Streuwurfs im Auge. In dem Geschäft von Wand in der Mengstraße habe ich wiederholt — zuletzt noch am Sonnabend — beobachten müssen, daß Hunderte von Menschen sich hier zusammenfanden, um die Wurf zu kaufen. Da drängt sich mir die Frage auf, ob das nicht zu vermeiden ist? Warum kann man diese Wurf nicht in allen Schlachtereien erwerben? Dadurch wäre dem Publikum, dessen Zeit doch gewiß kostbar genug ist, wesentlich gedient. Liegt die Schuld bei den Schlachtern, wollen sie diese Wurf nicht verkaufen und warum nicht? Eine Aufklärung des Publikums von maßgebender Stelle über diese Frage scheint mir dringend vomöten zu sein.

**Quittung.**  
Für das Jugendheim gingen ein:  
Von Ungenannt . . . . . 10.— Mk.  
Der Jugendauschub.

**Verlustlisten.**  
Erschienen sind:  
Preussische Verlustliste Nr. 673.  
Bayerische Verlustliste Nr. 312.  
Sächsische Verlustliste Nr. 350.  
Württembergische Verlustliste Nr. 486.  
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.  
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Eine Bekanntmachung betreffend Änderung der Bekanntmachung über die Verwendung von Benzol und Solventnaphtha sowie über Höchstpreise für diese Stoffe tritt am 1. 11. 1916 in Kraft und wird in den amtlichen Zeitungen sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.  
Lübeck, den 1. November 1916. (5404)  
Stellvertretendes Generalkommando IX. A.-A.

**Bekanntmachung**  
betreffend Milchversorgung.  
Sämtliche Milchhändler, die im lübeckischen Staatsgebiet Milch verkaufen, haben bis Donnerstag, dem 2. November abends 6 Uhr, der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 65, schriftlich zu melden:  
1. wieviel Vollmilch (Ruhmilch) ihnen täglich geliefert wird,  
2. die Namen der Lieferanten,  
3. die Anzahl der von diesen gehaltenen Milchkuhen.  
Wer die Meldung nicht rechtzeitig oder unrichtig oder unvollständig erstattet, wird auf Grund des § 14 der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 bestraft.  
Lübeck, den 31. Oktober 1916. (5403)  
Das Polizeiamt.

**Heizer und Arbeiter**  
bei hohem Lohn gesucht  
**Lübecker Gaswerke,**  
Moisinger Allee Nr. 9  
und  
Geniner Strasse Nr. 80.

**Maurer und Bauarbeiter**  
gesucht  
bei 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-stündiger Arbeitszeit,  
freier Fahrt.  
**Rudolf Wegner.**  
Zu melden: Ziegelei Buntekuh. (5401)

**Gesucht einige geübte Falzerinnen**  
Zu melden  
**Friedr. Meyer & Co.,**  
Buchdruckerei, Johannisstraße 46. (5415)  
Gesucht zum 1. April 2. oder 3. Zehner-Dehner, Holzkant-Form, Angebots mit Preis und W G 23 an die Erred. (5412)  
**Ballstücker.** (5382)  
Freitag, 3. November: Sager-Hande mit Kartoffeln, Rubeln mit Apfel.

**Meta Laab**  
**Karl Puls**  
z. Zt. auf Urlaub  
Verlobte. (5399)  
Lübeck. Lübeck.

Durch Unglücksfall verstarb mein lieber Mann, meiner 4 Kinder treuer Vater, der Wehrmann  
**Wilh. Wanzenberg**  
im 41. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer  
**Anna Wanzenberg**  
geb. Möller.  
Lübeck, Kanalstr. 6. (5408)  
Die Trauerfeier beginnt am Freitag nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes.

**Zentralverband der Zimmerer Deutschlands**  
Zapfelle Lübeck.  
Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel am 10. Oktober unser wertestes Mitglied  
**Karl Hohenfeld.**  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
3409) Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise der Teilnahme und die reichlichen Kranzsenden beim Hinscheiden unserer lieben Eltern, Herrn Hanspeter Evers für die tröstlichen Worte, dem Metallarbeiter-Verband, Saters Arbeitern und den sonst Beteiligten sagen hiermit meinen innigsten Dank. (5414)  
Fr. Wilken u. Frau geb. Möller.  
Adolf Wilken.  
Minna Wilken.

**Lübecker Gastots.**  
Bis an weiteres gelten folgende Preise:  
Grober Gastot, für Zentralheizung, „Jadrone“, 1 hl . . . . . M. 1.50  
Zerkleinerter Gastot II, Dampfsorte, für alle Feuer passend, 1 hl . . . . . M. 1.75  
Zerkleinerter Gastot I, für Dampfbrand-Ofen und Herdheizung, 1 hl . . . . . M. 1.85  
Bei weniger als 20 hl erhöht sich der Preis um 5 % für 1 hl;  
ab Lager sind obige Preise 10 % für 1 hl billiger.  
Lübeck, den 1. November 1916. (5411)

Am Montag abend 9 Uhr entlich sie sanft nach langer idwerner Krankheit meine innigstgeliebte Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante  
**Sophie Levermann**  
geb. Möller  
im 55. Lebensjahre, tief betrauert von mir und allen Verwandten.  
**Heinrich Levermann.**  
Margaretenstr. 12.  
Die Trauerfeier beginnt am Freitag 3/4 Uhr in der Kapelle des Vorwerfer Friedhofes.

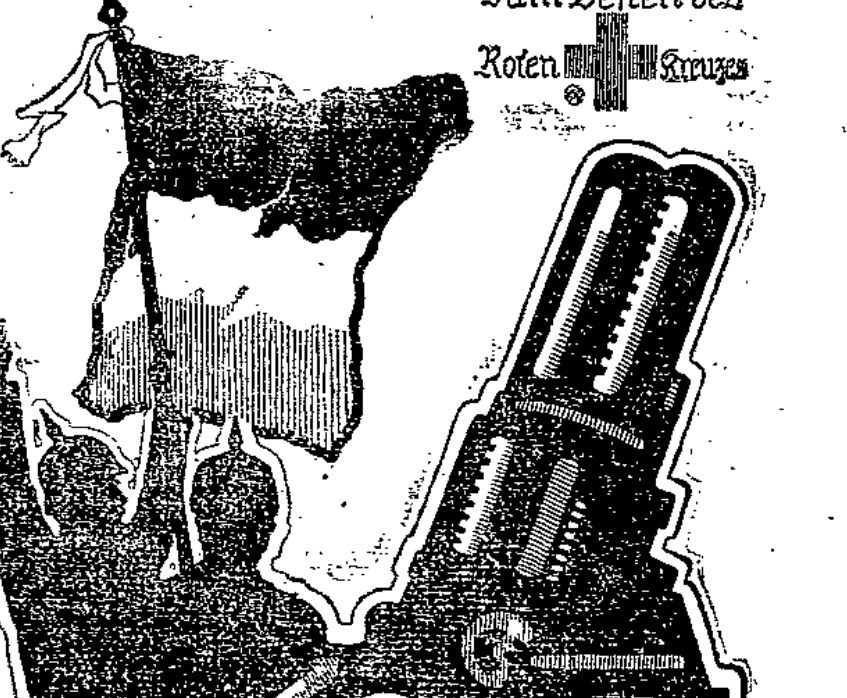
**Knochenverkauf.**  
Donnerstag, 2. November 1916  
Nr. 16 401-16 700 v. 10-12 U. vorm.  
Nr. 16 701-17 100 v. 2-4 Uhr nachm.  
Nr. 17 101-17 400 v. 4-6 Uhr nachm.  
5410 Paul Lohrmann.

**Stadttheater.** (5405)  
Mittwoch, d. 1. November 1916  
Zum letzten Male:  
**Die Warschauer Zitadelle**  
Ein Schauspiel v. Gabryella Zapolska.  
Donnerstag, d. 2. Novbr. 1916  
**Mona Lisa.**  
Oper von Max Schillings.  
Freitag, den 3. November 1916  
Friedrich Ludwig Schröder-Gedenkteiler:  
Gastspiel v. Stanislaus Fuchs:  
**Die Weiberschule.**  
Lustspiel von Molière.  
Arnolph . . . . . St. Fuchs.  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

**Kriegs-Ausstellung**  
Lübeck Colosseum  
Grönsfordor-Allee.  
Eröffnung: 1. November 1916  
Kriegsbeutestücke des Heeres und der Marine  
Mehrere Sonderausstellungen.  
Morgen, Mittwoch, nachmittags 6 Uhr:  
**Eröffnung der Ausstellung.**  
Die Ausstellung bleibt an diesem Tage bis 10 Uhr abends geöffnet.  
Am Eröffnungstage:  
**Großes Militär-Konzert**  
ausgeführt von der Kapelle des Ersatz-Bataillons Regiments Lübeck unter Leitung des Herrn Musikmeister Pökel.  
Eintrittspreis an Eröffnungstage: 1 M. Soldaten u. Kinder 0.50 M.  
Vorverkauf d. Eintrittskarten in d. Hauptgeschäftsstelle im Colosseum und der Geschäftsstelle des Verkehrs-Vereins, Mengstraße 4.  
Von Donnerstag, 2. November, ab ist die Ausstellung täglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet.  
Eintrittspreis: 50 % Soldaten und Kinder 25 %.  
Katalog mit vielen Lieddruckbildern und Erläuterungen 50 %.  
Die Beaufsichtigung haben freundlichst Mitglieder des Landes-Krieger-Verbandes übernommen.  
Der gesamte Reinertrag ist dem Roten Kreuz gewidmet.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
**Der Lübecker Landesverband vom Roten Kreuz**  
Abteilung: Kriegs-Ausstellung.  
P. Hinkeldeyn, Vorsitzender. W. Dahms, G. Glasau, J. Heise, J. Rehder, Heinr. Sievers. (5402)

**Heinrich Diestel.**

**Hansa-Theater.**  
Nur noch einige Aufführungen!  
**Die Nachtigall aus dem Bäckergang.**  
Jubelnder Erfolg!!  
Freitag, den 3. November:  
Ueberrn großen Teich.  
Vorvk. Ziegl. Sager, Kohlmarkt u. Theaterkasse 10-1 u. ab 6 Uhr.



**Kriegs-Ausstellung**  
Lübeck Colosseum  
Grönsfordor-Allee.  
Eröffnung: 1. November 1916  
Kriegsbeutestücke des Heeres und der Marine  
Mehrere Sonderausstellungen.

**Eröffnung der Ausstellung.**  
Die Ausstellung bleibt an diesem Tage bis 10 Uhr abends geöffnet.  
Am Eröffnungstage:  
**Großes Militär-Konzert**  
ausgeführt von der Kapelle des Ersatz-Bataillons Regiments Lübeck unter Leitung des Herrn Musikmeister Pökel.  
Eintrittspreis an Eröffnungstage: 1 M. Soldaten u. Kinder 0.50 M.  
Vorverkauf d. Eintrittskarten in d. Hauptgeschäftsstelle im Colosseum und der Geschäftsstelle des Verkehrs-Vereins, Mengstraße 4.  
Von Donnerstag, 2. November, ab ist die Ausstellung täglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet.  
Eintrittspreis: 50 % Soldaten und Kinder 25 %.  
Katalog mit vielen Lieddruckbildern und Erläuterungen 50 %.  
Die Beaufsichtigung haben freundlichst Mitglieder des Landes-Krieger-Verbandes übernommen.  
Der gesamte Reinertrag ist dem Roten Kreuz gewidmet.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
**Der Lübecker Landesverband vom Roten Kreuz**  
Abteilung: Kriegs-Ausstellung.  
P. Hinkeldeyn, Vorsitzender. W. Dahms, G. Glasau, J. Heise, J. Rehder, Heinr. Sievers. (5402)

## Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, den 31. Oktober 1916.

71. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Helfferich.

### Kleine Anfragen.

Abg. **Mollenkuhr** (SD.) fragt, ob der Reichszentralrat beabsichtigt, durch Bundesratsverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Härte zu beseitigen, die darin liegt, daß ein Anspruch auf Waisenrente nicht besteht, wenn die Witwe vor dem Tode verstorben ist, an welchem die Waisen das 15. Lebensjahr vollenden.

Ministerialdirektor **Caspar**: Eine Verordnung in dem gewünschten Sinne kann nicht erlassen werden, weil das Ermächtigungsgesetz nicht so weit geht, es würde sich hier um eine Gesetzesänderung handeln, die auch nach dem Ablauf des Krieges Geltung behalten würde.

Abg. **Siebel** (SD.) fragt, ob der Reichszentralrat auf eine Besserung der Bezüge der beim Reich und in den Bundesstaaten auf privaten Dienstvertrag beschäftigten technischen und Bureau-Angestellten hinzuwirken bereit ist. Trotz ihrer geringeren Bezahlung haben diese Angestellten erheblich geringere Teuerungszulagen erhalten, als die gleichartigen Beamten.

Ein Regierungskommissar: Einheitliche Grundzüge für diese Angestellten bestehen nicht. Den durch den Krieg veränderten Verhältnissen ist dadurch Rechnung getragen, daß da, wo ein Bedürfnis sich herausgestellt hat, Zuschüsse gezahlt werden, nach Maßgabe derselben Grundzüge und in denselben Grenzen wie den Beamten.

Abg. **Bassermann** (M.) fragt nach den Grundzügen bei der Zulassung Angehöriger des feindlichen Auslandes auf deutschen Hochschulen.

Ministerialdirektor **Lewald**: In allen Bundesstaaten wird wesentlich gleichmäßig verfahren und zwar sind die feindlichen Ausländer im allgemeinen ausgeschlossen worden. Ausnahmen zuzulassen, haben sich die einzelnen Regierungen jedoch vorbehalten.

Abg. **Giesberts** (Z.) bemerkt, daß die gemeinnützigen Volksbureaus und Arbeitersekretariate durch einzelne General-Kommandos vor der Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten ausgeschlossen worden sind und fragt, ob der Reichszentralrat bereit ist, dahin zu wirken, daß diese gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, die keinerlei Honorar nehmen, zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten zugelassen werden.

General **v. Langermann**: Die Benutzung der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, soweit sie die Auskünfte unentgeltlich erteilen und soweit nicht besondere Umstände eine Ausnahme notwendig erscheinen lassen, sollen nicht verboten werden. Eine Bekanntmachung in diesem Sinne wird erfolgen.

Abg. **Kuchhoff** (Z.) wünscht eine einheitliche Regelung des Jugendzuges insbesondere gegen die Schundliteratur und das Kinounweissen, und falls eine einheitliche Regelung unmöglich erscheint, einen Bericht über die bisher ergangenen Erlasse.

Ministerialdirektor **Lewald**: Der Reichszentralrat ist mit dem Kriegsministerium und den Bundesregierungen in Verbindung getreten, damit einheitliche Richtlinien zum Schutze der Jugend, namentlich gegen die Schundliteratur und das Kinounweissen ausgebetet werden. Die Bestimmungen werden dem Reichstage mitgeteilt werden.

Abg. **Schwarz-Schweinfurt** (Zr.) fragt, ob die Kommunalverbände und städtischen Verwaltungen, die der Bevölkerung Lebensmittel gegen Bezahlung abgeben, von der Umsatzsteuer befreit werden können.

Ein Regierungskommissar: Dem Bundesrat liegt bereits ein Antrag vor, daß die Umsatzsteuer nicht erhoben wird bei Waren, die während der Dauer des Krieges von den Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln abgegeben werden. Hierauf wird die Debatte über

### zensur und Belagerungszustand

**Werner-Giesen** (Deutsche Frakt.): Zur Bekämpfung des Kinounweissens muß mehr getan werden. Es haben sich da Auswüchse herausgebildet, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Auch auf den Theatern werden Stücke gegeben, die die Hand des Meisters vermissen läßt. Dagegen sollte die Pressezensur sich auf militärische Dinge beschränken. Die Dinge sind schlimmer geworden, die Zensur wird ganz politisch gehandhabt. Die „Westfälische Allgemeine Zeitung“ nennt (Heiterkeit), können schreiben was sie

wollen. Aber die „Staatsbürgerzeitung“ ist für die ganze Dauer des Krieges verboten worden. Sehr scharf geht die Zensur gegen den „Alteutschen Verband“ vor. Bei dem Heidelberger Professor **Arnold Kuge** wurde Hausdurchsuchung abgehalten, weil man in ihm den Verfasser der „Junius“ unter der Broschüre vermutete. Der Grund für den Verdacht war, daß der erste Junius Alter vor hundert Jahren auch **Arnold Kuge** hieß. (Heiterkeit.) Die sachlichen Gegenstände müssen ausgefordert werden.

**Stadt hagen** (Soz. Arb.): Am dem Belagerungszustand ist nichts zu verbessern, das ganze System muß beseitigt werden. Selbst wenn die Zustände in England und Frankreich so schlecht wären, wie der Staatssekretär sie gestern geschildert hat, wäre uns damit nichts genügt, und es wäre dort noch bedeutend besser als bei uns. In England bedarf es immer einer bestimmten Handlung, ehe jemand festgenommen wird, bei uns genügt ein Verdacht. Dazu kommt, daß bei uns auch das beste Gesetz durch die Verwaltung so gut wie aufgehoben wird. Der Staatssekretär übersteht, daß wir mitten in einer Polizeiwirtschaft leben. (Sehr richtig! h. d. Soz.) In England hat es noch niemand gewagt, die Immunitätsrechte der Parlamentsmitglieder anzutasten, oder Abgeordnete gar mit Schutzhaft zu drohen. In England sind zwei Zeitungen verboten worden, weil sie sich gegen die Munitionsarbeit gewendet haben.

Was aber wäre bei uns in solchen Fällen geschehen? Es wäre sicherlich Anklage wegen Hochverrats erhoben worden. Die Zeitungen können jetzt übrigens wieder erscheinen, ohne daß Garantien von ihnen verlangt wurden, was bei uns regelmäßig geschieht. Kein englischer Staatssekretär hat jemals ein Zeitungsverbot für gerechtfertigt erklärt, während bei uns Staatssekretär **Dr. Helfferich** das Verbot des „Vorwärts“ verteidigt hat, dieses ungeheuerliche Verbot einer Zeitung unter dem Belagerungszustand. Der Staatssekretär kennt die deutschen Verhältnisse eben nicht, sonst könnte er nicht von der furchtbar strengen Zensur in England sprechen. Bei uns sind Zensurverbot verboten, daher erfährt der Leser bei uns im Gegensatz zu England nicht, daß der Senior in der Zeitung herumgeschrien hat. Gewiß, wegen Beleidigung des Reichszentralrats ist noch kein Artikel verboten worden. Wohl aber ein Artikel mit einer abfälligen Bemerkung über die Frau-Großmutter des Reichszentralrats. (Gr. Heiterkeit.) Die Mutter Goethes hatte eben über **Elise v. Wetmann** gesagt, sie sei ein Sauschwein, und das durfte nicht gebracht werden. (Erneute Hft.)

Der Gebrauch der französischen Sprache hinter unserer Front soll angeblich die deutschen Truppen nervös machen. Wishes nahm ich an, daß unsere Soldaten falkes Blut bewahren, wenn von vorn die Kugeln flogen. Nun höre ich, sie werden nervös, wenn hinter ihnen französisch gesprochen wird. (Hft.) Die Schäden, die durch den Belagerungszustand geschaffen werden, können nur durch Aufhebung des Belagerungszustandes beseitigt werden. Ich erinnere an die Verletzungen der Immunitätsrechte der Abgeordneten. Der **Hertzfeld** mußte sich an der Schweizer Grenze einer körperlichen Untersuchung unterziehen und der **Abg. Kühle** wurde während der Tagung des Reichstags zum Militär eingezogen. Bis heute sind die schuldigen Beamten noch nicht entdedt worden. Die politische Polizei ist ganz sicher eigentlich die regierende Stelle bei diesen ungeheuerlichen Zuständen. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.)

Auch das Briefgeheimnis der Abgeordneten ist verlegt, und es sind bei ihnen rechtswidrig Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Was hat der Kanzler dagegen getan? Dem **Abg. Hertzfeld** werden eingeschriebene Briefe überhaupt nicht übermittelt. Sie gehen erst an das Polizeipräsidium, wo sie zunächst gelesen werden. Dem **Abg. Hertzfeld** wurde von der Verhängung der Briefzensur keine Kenntnis gegeben. (Hört, hört!) Ein solches Vorgehen ist gesetzlich und verfassungswidrig. Der Reichszentralrat ist ohnmächtig gegen diese Dinge, und auch der militärische Oberbefehlshaber ist nur das Instrument, auf dem die politische Polizei spielt. Das Instrument selbst ist stumm und taub und weiß oft nicht, wozu es mißbraucht wird. (Sehr gut! h. d. Soz. Arb.) Die politische Polizei beherrscht die ganze Regierungsmaschinerie. Die Verhältnisse sind eher schlimmer als besser geworden. Die politische Polizei ist für uns genau dasjenige, was die Staatsinquision für Venedig war. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Die politische Polizei scheint sogar vor Eingriffen in die Militärgewalt selbst nicht zurück zu scheitern. Sie fühlt sich eben als die Seele des Staates. Möge sich die Regierung doch einmal die Akten der politischen Geheimpolizei geben lassen. In der Kommission sind die Verletzungen der Immunitätsrechte von keiner Partei verteidigt worden. Wir vermissen aber noch die Beurteilung durch die Regierung. Beim **Abg. Hertzfeld** hat sogar eine Hausdurchsuchung stattgefunden. (Hört, hört! h. d. Soz. Arb.)

Was man sucht, hat man natürlich nicht gefunden, dafür hat die Polizei ein kleines Liebchen mitgenommen, das sich mit dem Reichszentralrat beschäftigt. Man hat es bis heute dem **Abg. Hertzfeld** nicht ausgeliefert, vielleicht müssen die Herren es auswendig lernen. (Hft.) Angeblich hat man feststellen wollen, ob der **Abg.**

**Hertzfeld** bestimmte Flugblätter finanziert. Auch wenn das richtig wäre, liegt eine flagrante Verletzung der Reichsverfassung vor. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Dieser Fall ist noch viel schlimmer als der, in dem der **Abg. Erbraker** Objekt der Verletzung der Verfassung wurde. Eine solche Nichtachtung, ja Verhöhnung der Verfassung und der Rechte des Reichstags ist die Folge des Systems des Belagerungszustandes. Ähnlich liegen andere Fälle der Verletzung des Immunitätsrechtes durch Hausdurchsuchungen bei den **Abgg. Antik, Haberland** und **Thiele**. Bei **Thiele** wurde nach einem Flugblatt gesucht, das sich gegen die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit zu der Thiele gehört, richtet. Thiele machte den Beamten darauf aufmerksam, daß er sich strafbar machen würde. Da muß ich sagen: Zur Schneidigkeit und Rücksichtslosigkeit kommt denn doch noch ein Mangel an Verstand hinzu, der selbst über das polizeimäßig Zulässige hinausgeht. (Hft. u. Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.) Auf eine Fülle von Beschwerden ist **Hertzfeld** noch keine Antwort zugegangen.

Unter **Genosse Crispin** in Stuttgart wurde zu zwei und dann zu zweieinhalb Monaten Gefängnis verurteilt, weil er unangemeldete Versammlungen geleitet hatte. Als aber im August und September die **Abgeordneten** ganz dasselbe taten, hat kein Hahn danach gekräht. In Bremen ist jetzt erst am 21. Oktober eine neue Verordnung ergangen, die das Versammlungsrecht geradezu tötet; die Anträge auf Genehmigung einer Versammlung müssen mindestens eine Woche vorher eingehen. Die Punkte Verschiedenes und Diskussion werden nicht zugelassen. Eine Auflösung ist nicht ansehbar. Das ist der Zustand der absoluten Rechtslosigkeit.

Unter dem Deckmantel des Oberkommandos verfolgen Kriminalbeamte auch Jugendliche zu verleiten, um als Spigel aufzutreten, indem sie ihnen Geld und Befreiung vom Militärdienst in Aussicht stellen. (Lebh. Hört, hört!) In die Familie eines 17jährigen jungen Mannes kam ein Kriminalbeamter und erkundigte sich, ob er politisch organisiert sei; er erhielt die Antwort nein, aber im Arbeiterjugendverein. Er erkundigte sich nach der Beschäftigungsstelle des jungen Mannes und ob er militärisch gemustert sei. Als der junge Mann am nächsten Abend das Geschäft verließ, kam der Kriminalbeamte ihm entgegen, knipste ein Gespräch an und sagte, er sei ja doch im Vorhande. Als der junge Mann das bestritt, bot er ihm an, mit ihm ein Glas Bier zu trinken. Der junge Mann lehnte das ab, ebenso eine Zigarre. Darauf fragte der Beamte: Wäre es nicht schön, wenn Sie noch einen Nebenberuf hätten; ich möchte nur wissen, wozu die Reise im Jugendverein geht. Sie können dadurch 80 bis 90 Mk. monatlich verdienen. (Lebh. Hört, hört!) Der junge Mann lehnte das ab, er wollte mit der Polizei nichts zu tun haben. Der Beamte aber wurde dringlicher, er sagte, ich will ja keine Denunziation, ich will nur wissen, wie die Richtung im Jugendbildungsverein ist. Der junge Mann erwiderte, er wisse das nicht, er sei neu eingetreten. Darauf sagte der Beamte: Wie steht es denn mit Ihren Militärverhältnissen? Sie werden doch gewiß nicht gerne Soldat werden. Wenn Sie auf mein Ersuchen eingehen, so könnten wir es schon so einrichten, daß Sie nicht Soldat zu werden brauchen. (Lebh. Hört, hört!) Als der junge Mann das empört ablehnte, er drückte sich nicht von seiner Pflicht und bitte in Ruhe gelassen zu werden, drang der Kriminalkommissar noch wiederholt in ihn; da er aber nichts ausrichtete, fragte er schließlich, ob der junge Mann ihm nicht einen anderen Bekannten nennen könnte, der 80 und 90 Mk. verdienen wolle. Erst als ihm auch das nichts nützte, trollte er sich. Auf diese Weise sucht man die Jugend zu Spigeldiensten, zu unehrenhaften Handlungen heranzuziehen! Und dieselbe Polizei verlangt Ehrfurcht vor den Beamten und Behörden! Was nützt es, wenn in diesem Falle der Kriminalkommissar einen Küffel bekommt, das System bleibt bestehen! Wie hier Befreiung vom Militärdienst für ehrlose Handlungen in Aussicht gestellt wird, so werden politisch ehrenhafte Leute, die aber militärisch unbrauchbar sind, durch Verwendung der politischen Polizei doch plötzlich zum Militärdienst genommen. Ein solcher Fall ist ja kürzlich dem Kriegsministerium übergeben worden und dieses wird Remede schaffen. Aber es gibt sehr viele derartige Fälle; auch beim Militär werden eben die Verfügungen der höchsten Instanzen nicht beachtet, sobald es sich um die Sozialdemokratie handelt. Auch das Militär kann der politischen Polizei gegenüber nicht durchgreifen, die vielmehr den Ungehorsam gegen die höchsten Anordnungen durchsetzt. Das muß beseitigt werden. Wir dürfen nicht dahin kommen, daß man mit Bezug auf die Polizei mit Recht sagen kann: Hier werden für Lumpen die höchsten Preise gezahlt.

Auch bei der Zensur hat das Oberkommando nur formell zu bestimmen, tatsächlich setzt die politische Polizei ihren Willen durch, und sie betrachtet die Presse nicht als Kulturträger, sondern als Bestie, die man mit Peitsche und Zuckerbrod zu behandeln hat. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Fälle **Theodor Wolff** vom „Berliner Tageblatt“ und „Deutsche Tageszeitung“ sind geradezu

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von **J. M. Dostojewski**.

11. Fortsetzung.

Ja, aber lassen wir die Mutter, Gott sei mit ihr, sie ist einmal nicht anders, doch Dunja? Dunja, mein Liebling, ich kenne dich doch! Warst du nicht zwanzig Jahre alt, als wir einander zum letztenmal sahen? Deinen Charakter kenne ich doch. Mutter schreibt, daß „Dunja viel ertragen könne.“ Das habe ich wohl gewußt; zwei und ein halbes Jahr früher schon, daß Dunja gar viel ertragen kann! Schon daß sie Herrn Swidrigailow mit allen Folgen hat ertragen können, zeugt dafür, daß sie in der Tat zu duden versteht. Aber jetzt bildet sie sich ein, daß sie zusammen mit der Mutter den Herrn Luschin ertragen könnte, welcher die Theorie vom Vorzug derjenigen Weiber erklärt, die aus der Armut heraus geheiratet werden und deshalb schon beim ersten Besuch auseinanderberstet! Nun, nehmen wir an, er hat sich unbedacht auszusprechen, obwohl er ein „vernünftiger Mann“ ist, (ein solcher, der sich doch niemals verspricht, sondern vielmehr sich klar auszudrücken strebt), was sagt Dunja dazu? Sie hat diesen Menschen begriffen, kann sie mit ihm leben? Sie würde lieber nur schwarzes Brot essen und Wasser trinken, ihre Seele und ihre sittliche Freiheit aber nicht verkaufen für den Komfort! Für das ganze Schleswig-Holstein würde sie es nicht tun, und auch nicht für Herrn Luschin! Nein, Dunja war nicht solcher Art, wie ich sie kenne, und — sie wird sich doch wohl auch nicht verändert haben jetzt! Was soll ich sagen? Die Swidrigailows haben schwer gewirkt! Traurig haben sie für zweihundert Rubel das ganze Gouvernementsleben im Gouvernement ausgetragen, aber ich weiß, daß meine Schwester lieber unter die Peger zinge, zu einem Plantagenbesitzer oder unter die Letzten in den deutschen Ostprovinzen, als daß sie ihren Geist und ihr sittliches Fühlen im Bunde mit einem Menschen erniedrigt, den sie nicht achten wird, mit dem sie nichts gemeinsam hat — auf Ewigkeit, nur in ihrem persönlichen Interesse. Und wäre auch der Herr Luschin aus lauterem Golde, oder vielmehr aus einem echten Brillanten, selbst dann wird sie nie einverstanden sein, die gleichmäßig anerkannte Bettgenossin des Herrn Luschin zu werden! Weshalb aber willigt sie doch ein? Wo ist der Grund hierfür zu suchen? Die Lösung des Rätsels? Die Sache ist klar! Für sich, für ihren Komfort, selbst für ihre Errettung vom Tode, würde sie sich nicht opfern, aber für einen anderen tut sie es! Für einen geliebten, vergötterten Menschen opfert sie sich, und hierin liegt die Lösung: für ihren Bruder und ihre Mutter tut sie es, gibt sie sich dahin! Sogar ihr sittliches Empfinden erstickt sie dafür; ihre Freiheit, Seelenruhe, sogar ihr Gewissen,

alles, alles schleppt sie dafür auf den Markt; Mag das Leben dahinjahren! Wenn nur diese geliebten Wesen glücklich sind. Man kann sich ja dabei seine eigenen Gedanken bilden, man braucht nur bei den Jesuiten in die Schule zu gehen; mit der Zeit wird man sich beruhigen, sich überzeugen, daß es nötig war, in der Tat notwendig zur Erreichung der guten Absicht. So ist man, und so wird alles klar wie der Tag. Es ist offenbar, daß es sich hier um niemand anderen als um **Kobion Romanowitsch Kaskolnikow** allein und ausschließlich handelt. Nun, sicherlich, kann sie sein Glück begründen, ihn auf der Unwissenheit erbalen, ihn zum Gehilfen im Kontor machen, seine ganze Zukunft sichersstellen; er kann auch reich werden, geachtet und angesehen, vielleicht sogar als berühmter Mann sein Leben enden. Und die Mutter? O, da ist ja **Kobija**, der teure **Kobija**, der einzige Liebste! Und weshalb sollte man um einen solchen Liebling nicht selbst eine solche Töchter opfern? O ihr geliebten und doch ungerechten Herzen! Haben wir nicht vorher von **Sonjas** Los erzählt? **Sonja Warmeladowa**, diese **Sonja** wird ewig, so lange wie die Welt bestehen! Habt ihr beide denn das Los ganz erlesen? Ganz? Nach seiner Bedeutung, seinem Nutzen? Ganz klar? Weist du, Dunja, daß **Sonja** Opfer in nichts tiefer steht, als das mit Herrn Luschin? „Liebe kann ja nicht dabei sein“, schrieb die Mutter, aber wie, wenn außer der Liebe auch die Achtung nicht möglich wird, sondern im Gegenteil Abneigung, Verachtung und Ekel sich einstellt, was dann? Und hierzu kommt dann, daß sie vielleicht in die Lage gerät, ihre Reinheit bewahren zu müssen. Kommt dergleichen nicht vor, und wisst Ihr nicht, was das zu bedeuten hat, eine solche Tugend? Begreift Ihr, daß die Tugend der **Gattin Luschins** gleichwertig ist mit derjenigen **Sonjas**, vielleicht noch minderwertiger, häßlicher, niedriger ist, deshalb, Dunja, weil sie bei dir auf dem Ueberfluß, dem Komfort begründet ist, während dort der Hungertod die treibende Feder bildet. Feuer, teuer kommt diese Tugend zu stehen, Dunja! Wenn dann die Kraft nicht ausreicht, kommt die Reue! Weinet Janner, Gram, Verwünschung und Tränen gibt es da, verborgen vor jedermann, vielmehr deshalb, daß du nicht **Martha Petrowna** bist? Und was wird dann das Schicksal der Mutter sein? Schon jetzt ist sie unruhig und besorgt; wie aber dann erst, wenn sie alles klar sieht. Was geschieht dann mit mir? Was habt ihr beide dann für mich gewacht? Ich will euer Opfer nicht, Dunja, ich mag es nicht, Mutter! Es soll nicht geschehen, so lange ich lebe, es soll nicht sein, soll nicht sein; ich nehme es nicht an! — Er kam plötzlich zur Besinnung und blieb stehen. „Es soll nicht sein! Aber was soll man tun, um es nicht geschehen zu lassen? Soll ich es verbieten? Welches Recht besäße ich dazu? Was kann ich ihnen meinerseits dafür gewährleisten, daß ich ein solches Recht geltend machen dürfte! Mein ganzes Schicksal, die ganze Zukunft ihnen zu weihen — aber wann werde-

ich mein Studium beenden und eine Stellung erlangen? Jetzt muß gehandelt werden; doch inwiefern? Soll ich sie noch beiraten? Ihr Vermögen besteht nur in der Swidrigailowpension und befindet sich unter den Ansprüchen der Hunderrubel, und vor diesen, vor **Athanasius Swanowitsch Wassnischin**, wie soll man sie vor diesen behüten; etwa als zukünftiger Millionär über ihr Schicksal verügend? Aber nach zehn Jahren? In zehn Jahren wird die Mutter wohl blind geworden sein durch Halsstrangnähren, oder vielleicht auch von Tränen; durch die Entbehrung krank, und die Schwester? Denke dir selbst aus, wie es dieser nach Verlauf von zehn Jahren ergangen sein mag, oder auch schon innerhalb dieses Zeitraumes? —

So quälte und beunruhigte er sich mit derartigen Fragen, gewissermaßen wie zu seiner Befriedigung, und doch waren sie nicht neu, nicht unerwartet für ihn, sondern schon oft und längst vorhanden. Sie hatten ihn bereits seit langem gequält, ihm das Herz zermartert. Schon längst war in ihm diese Schwermut aufgetreten, sie war gewachsen und in der jüngsten Zeit gereift, die Form einer schrecklichen, wilden und phantastischen Trage annehmend, die ihm Herz und Verstand zerstörte, ihn unermüdlich zur Entscheidung drängte. Jetzt traf ihn nun das Schreiben der Mutter wie ein Donnerhagel. Es leuchtete ihm ein, daß jetzt nicht zu brüten, nicht untätig zu leiden war, nur in Ermüdungen darüber, was seine Fragen unentschieden stehen, sondern daß jetzt gehandelt werden müsse, und zwar logisch, so schnell als möglich. Möchte es kosten was es wollte, er mußte einen Entschluß fassen, um jeden Preis.

„Der soll ich dem Leben ganz Widu sagen“, rief er plötzlich fassunglos, „mein Geschick auf mich nehmen so wie es ist, ein für allemal und alles in mir erlösen, mich von jedem Anrecht auf Wirtin, Leben und Lieben loszagen?“

„Verstehen Sie, mein lieber Herr, was es zu bedeuten hat, wenn man nicht mehr weiß, wohin?“ fiel es ihm plötzlich aus dem geistigen Gespräch mit **Warmeladow** wieder ein, „es ist doch jedem Menschen nötig zu wissen, wo er eine Zuflucht nehmen kann.“

Er erbeute jäh; jener eine Gedanke, der ihn auch am gestrigen Tage erbehrte, lebte wieder in seinem Kopfe auf, aber er schied nicht deshalb, daß derselbe in ihm wiederkehrte. Er wußte ja, er hätte es im voraus, daß jener Gedanke in ihm weiterwirkte, er erwartete ihn sogar, aber jetzt war es schon ganz und gar nicht mehr der von gestern.

Der Unterschied lag darin, daß derselbe vor einem Monat, noch gestern sogar, nur eine Idee gewesen war, jetzt aber — jetzt zeigte er sich plötzlich nicht mehr als Idee, sondern in einem ganz neuen, drohenden, ihm gänzlich unbekanntem Gewand, und jetzt erkannte er ihn. Er hämmerte in seinem Kopfe, er verbaunte ihm die Augen.

(Fortsetzung folgt.)

ungeheuerlich. Selbst gegen die Reichstagsberichte wird vorgegangen. Dabei hat das System der Täuschung der öffentlichen Meinung in allen Ländern eben erst begonnen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Trotzdem bleibt es bei der Zensur. Der Zeitungsleser muß jetzt jedes Wort dreimal ansehen, weil ja die Zeitungen nicht die Wahrheit schreiben dürfen. Das Zeichen W.B. (Wolffisches Telegraphenbureau) mußte ich einem Zeitungsleser erklären, der geglaubt hatte, es bedeute Warnungs-Tafel-Bildung! (Heiterkeit.) Die Nationalliberalen sagen, wir brauchen die Zensur für militärische Dinge. Gehen Sie nicht auf den Leim, denn die Zensur wird wieder darüber entscheiden, was militärische Dinge sind. Wie wird der Bürgerfriede mißbraucht. Der leider verstorbene Kollege Dertel sagte, er darf nicht so deklarieren, daß der eigene Standpunkt nicht ausgedrückt wird, sondern Angriffe gegen andere Parteien müssen unterlassen werden. Wenn man nicht mehr aus noch ein weiß, dann muß der Bürgerfriede erhalten. Das gilt für alle politischen Richtungen. Allerdings hat die Arbeiterklasse am meisten unter der Zensur zu leiden. Sie sehen es am letzten „Vorwärts“-Verbot, das erfolgt ist, weil der „Vorwärts“ angeblich den Bürgerfrieden gebrochen hat. Dieses Verbot ist ein Schulbeispiel dafür, daß man eine politische Weltanschauung unterdrücken und oppositionell gefonnene Personen drangalieren will. Der „Vorwärts“ hat auf Kapitalistenkreise hingewiesen, die am Kriege verdienen und dem Krieg daher ewige Dauer wünschen. Das hatte doch aber auch ein so scharfer Gegner der Sozialdemokratie wie Steinmann-Bucher ganz ungeniert ausführen können und auch anderswo ist das häufig gesagt worden. Daß der Krieg nur im Interesse der Profitjäger liegt, ist eine immer mehr zunehmende Volksmeinung in Deutschland. Was der „Vorwärts“ geschrieben hatte, ist die Weltanschauung aller Sozialdemokraten. Das Vorgehen des Oberkommandos gegen den „Vorwärts“ steht auch im schärfsten Widerspruch zu der Forderung des Reichstags, daß die Zensur sich nicht erstrecken soll auf innen- und wirtschaftspolitische Fragen. Zur Zeit des „Vorwärts“-Verbots konnte in der konservativen Presse in der gehässigsten Weise das Thema „Juden und Sozialdemokraten“ behandelt werden. Wir haben uns auch darüber nicht aufgeregt, wenn die alldeutschen Blätter von Pantofelsozialisten oder von Kerlen mit kratzigen Knöpfen, mit seifenwässrigen Wern reden durften, die nicht wert seien, in deutscher Erde begraben zu werden. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Das war nicht gehässig, aber gegen die Profitjäger durfte nichts gesagt werden. Man ist gegen den „Vorwärts“ so einseitig rücksichtslos und parteiisch vorgegangen, daß man auf den Gedanken kommen muß, daß noch andere Gründe dahinter stehen müssen. Man wollte einen langgehegten Plan erfüllen, einen Plan der politischen Polizei, der nach Ansicht der politischen Polizei zugleich der Plan einer Gruppe innerhalb der Sozialdemokratie ist. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Jetzt, wo der „Vorwärts“ wieder erscheint, zeigt sich, daß in der Tat ein Hin- und Hergehen der Redaktion und die Statuierung einer anderen Geisteshaltung die Ursache war. Die frühere Politik des „Vorwärts“ aber entspricht der Anschauung der überwältigenden Mehrheit der Berliner Arbeiter. Unter Ausnutzung des Belagerungszustandes ist auf diese Weise der „Vorwärts“ der Mehrheit in die Hände gespielt worden. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.)

Gründlich mußte das Oberkommando dabei sehr vorsichtig sein. Nach unserer Meinung darf die Zensur sich unter keinen Umständen in die inneren Angelegenheiten der Partei einschließen und das eine oder andere Blatt zu einem Reklamationsblatt herabzuredern lassen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Das Oberkommando hat zwar immer versichert, die Darlegung der Weltanschauung seiner Partei solle dem „Vorwärts“ nicht verboten werden. Aber das Handeln war entgegengekehrt. Im ganzen ist der „Vorwärts“ viermal verboten und einmal unter Präzisionszensur gestellt worden. Im September 1914 wurde er drei Tage verboten, weil aus Versehen ein Feldpostbrief in Druck gegeben war, ein Versehen, das auch anderen Zeitungen passiert ist. Aber gegen die ist man nicht vorgegangen. Der Redakteur steht jetzt im Feilde, denn wir reklamieren niemand und verweisen die Leute, die mit Adolphi sagen: Durchhalten, und die auf der anderen Seite Reklamationen unterzeichnen. Wir wünschen auch nicht, daß der Ankläger besteht, als ob eine Reklamation als Belohnung für irgend eine Gesinnung angesehen werden könnte. Vor einige Tage wurde der „Vorwärts“ abermals und zwar bis auf weiteres verboten, weil er von der Zeit des Sozialkrieges als von der Zeit des schändlichen Polizeiregimes getrennt habe. Das sollte eine Verletzung des Bürgerfriedens sein. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Die Redaktion sollte sich verpflichten, das Thema Klassenkampf und Klassenhaß nicht mehr in geschäftiger Weise zu berühren. Die Geschäftsleitung sollte Gewähr dafür geben, daß die Redakteure sich auch tatsächlich an die Zensurvorschriften halten. Der Redakteur Däumig wurde damals für die Beachtung der Zensurvorschriften verantwortlich gemacht und der Parteivorstand beauftragte sein Mitglied Müller, den Inhalt des „Vorwärts“ ebenfalls auf die Zensurvorschriften hin zu kontrollieren. Im Juni 1915 wurde der „Vorwärts“ abermals verboten, weil die Redaktion eine Kundgebung des Parteivorstandes zur Friedensfrage ausgeschrieben hat, dazu war aber der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei verpflichtet. Von der Redaktion wurde die schriftliche Erklärung verlangt, daß sie sich künftig streng an die Zensurvorschriften halten werde. Im November 1915 wurde der „Vorwärts“ unter Präzisionszensur gestellt, weil er eine Kundgebung des Parteivorstandes ausgeschrieben hatte, in der das Wort „Lebensmittelmangel“ vorkam. Der Schuldige ist wieder der Parteivorstand. Anfang April 1916 verurteilte man denn eine politische Parteiveranstaltung einzuschließen. (Vizepräsident Dertel: Wir verhandeln hier nicht über die Parteizensur.) Beim letzten Verbot hat als Vertreter des „Vorwärts“-Verlages Richard Fischer die Verhandlungen mit dem Oberkommando geführt. Er hat um Aufhebung des Oberkommandos unter „Besonderungen in der Redaktion“ verzehrt. Es wurde ihm erwidert, daß mit der Herren, die jetzt das Blatt machen, ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich sei, sie könnten nicht aus ihre Haut heraus. Sollte der „Vorwärts“ wieder erscheinen, so müßten Garantien durch andere Herren geschaffen werden. Das hing wie eine Entlastung der Redaktion. Darauf gingen Däumig und Ab. Hoffmann zum Oberkommando und fragten, ob wirklich eine solche Bedingung gestellt sei, die dem politischen Charakter jedes anständigen Menschen widerspreche. Es wurde ihnen erwidert, das ist durchaus richtig, aber die Verhandlungen hätten nur durch den geschäftigen Vertreter des „Vorwärts“, Richard Fischer, geführt werden. Was dem Gang der weiteren Verhandlungen nach man zu der weiteren Überzeugung kam, daß von langer Hand gegen den „Vorwärts“ ein Gewaltverbot geplant war. Der „Vorwärts“ wurde schließlich nur unter der Bedingung erlaubt, daß das Verbandsmitglied Müller über den Inhalt zu berichten sollte. Das verweigerte einmal gegen die Parteizensur und jetzt die Parteizensur. Eigenmächtig ist es auch, daß das Oberkommando als geschäftigen Träger gerade den Mann aussucht, der früher Verbot des „Vorwärts“ mitunterzeichnet hat. Das heißt doch der Fuß zum Galgen machen. (Heiterkeit und sehr gut! bei der Soz. Arb.) Wenn man nicht ein Schulbeispiel glauben will, kann man nicht annehmen, daß es dem Oberkommando mit seiner Behauptung, die Weltanschauung zu erklären, ernst gewesen ist. Das Oberkommando ist überhaupt damit zufrieden, daß ein Verbot gegen die Eigentümer des „Vorwärts“ geht. (Vizepräsident Dr. Paasche: Das interessiert uns aber alles hier nicht.) Auch die alldeutschen Blätter haben das Vorgehen gegen den „Vorwärts“ als einen schändlichen Angriff bezeichnet, der sich am sozialdemokratischen Parteivorstand vollziehen würde. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Wir warten auf die Wiederholung solcher Angelegenheiten. Das heißt ein Blatt, das auf politische Reichhaltigkeit hält. Es ist ja auch ungeschicklich, daß unter Ausnutzung des Belagerungszustandes die politische Ansicht der Berliner Parteigenossen unterdrückt werden ist. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.)

Artikel der Redaktion kommen so das Blatt nicht heraus, weil Müller sie zensuriert. Die Parteigenossen in ganz Deutschland werden klipp und klar sagen, daß sie von der Ehre der Person wissen, die sie zensuriert. Aber das Oberkommando durch die militärische Gewalt auf die Parteizensur zu erweisen, das ist die alldeutsche Methode, es ist das auf die Parteizensur zu erweisen. Der Belagerungszustand gegen die Parteizensur. Die Beispiele werden gerade

Sitten und so könnte es auch in anderen Parteien vorkommen, daß Leute, die zum Vorstand gehören, sich als Oberkommando fühlen und dieselben schiefen Wege gehen, wie das Oberkommando selbst. (Lebh. Beifall bei der Soz. Arb.)

Vizepräsident Dr. Paasche ruft wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung.

Sevda (Poie): Je länger der Belagerungszustand dauert, umso unerträglicher wird er. Ganz besonders haben unter den Maßnahmen der Zensur die Polen und die polnischen Zeitungen zu leiden, die Unterdrückungen und Verfolgungen gegen sie stellen einen Rekord dar. Mindestens in den Gebieten, die fern ab vom Kriegsgebiet liegen, müßte der Belagerungszustand aufgehoben werden.

Haase (Gf.) kritisiert noch einmal das Sprachverbot in Lothringen.

Oberst von Briesberg: Nicht der Gebrauch der französischen Sprache schlechweg, sondern nur ihr herausfordernder Gebrauch ist verboten.

Ebert (Soz.): Unsere inneren Parteirechtigkeiten gehören nicht auf die Parlamentarische Bühne. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie sind hässliche Angelegenheiten, die jede Partei innerhalb ihrer vier Wände zu erledigen hat. Das ist für jede Partei ein Gebot der Selbstachtung, für unsere war es auch stets ein Gebot der Disziplin. (Lebh. Zusf. b. d. Soz.) Stadtthagen suchte die Stellung unserer Parteifreunde zum Belagerungszustand und zur Zensur zu diskutieren. Meine Freunde haben sofort nach der Mobilmachung die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt und bei jeder Tagung des Reichstages in schärfster und dringlichster Weise Kritik an seiner Handhabung und der Handhabung der Zensur geübt. Das hat gestern der Abg. Geß getan. Dagegen hat unsere Parteileitung bei jedem Uebergriff der Zensur gegen die Parteipresse sofort bei der Reichsleitung Vermahnung eingelegt und Abhilfe verlangt. Das ist auch beim letzten Verbot des „Vorwärts“ geschehen. Was kritisch dazu zu sagen ist, hat gestern bereits Geß ausgeführt und ich kann mich ihm nur anschließen. Das Oberkommando wollte das Verbot nur aufheben, wenn es Garantien für die Einhaltung früher gestellter Bedingungen erhielt. Nach dem zweiten Verbot des „Vorwärts“ im September 1914 hatte es bereits die Bedingung gestellt, daß das Thema Klassenkampf und Klassenhaß nicht mehr berührt werden dürfe und Haase hat damals in Einverständnis mit der Redaktion des „Vorwärts“ und den Berliner Parteifreunden sich dieser Bedingung und der Forderung einer Garantie für die Einhaltung dieser Bedingung gefügt. Es sollte ein Redakteur und ein Mitglied des Parteivorstandes selbständig über Inhalt und Form der Artikel entscheiden. (Lebh. Hört, hört!) Die Redaktion hatte sogar einen Vorschlag formuliert, wonach diese Personen diktatorische Gewalt haben sollten. (Erneutes Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Vorbehalt wurde schließlich durch die Vorgänge in der Partei unmöglich gemacht. Das Mitglied des Parteivorstandes mußte von seiner Tätigkeit zurücktreten. Deshalb glaubt Stadtthagen dem Kollegen Müller Wortbruch gegen das Oberkommando vormerken zu können. Allerdings war der Rücktritt Müllers ein stillschweigender, aber man kann doch im Ernst von niemanden verlangen, daß er täglich darüber wacht, daß die Redaktion nicht in Konflikt mit der Zensur kommt, daß er sich aber täglich wegen seiner politischen Ansichten verhalten und verurteilen lassen muß. (Lachen und Rufe: Unwahr! b. d. Soz. Arb.)

Nach dem letzten Fall verlangte das Oberkommando die Einhaltung der früher von Haase akzeptierten Bedingungen und als Garantie dafür den Eintritt einer Person in die Redaktion, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sei. Den Vorschlag der Berliner Parteileitung und der Redaktion erachtete das Oberkommando nicht als genügend, und eine Einigung war mit der Berliner Parteileitung und der Redaktion nicht zu erzielen. Die Parteileitung, die Eigentümerin des Verlages, und mitbestimmend ist für die redaktionelle Haltung, konnte es nicht verantworten, daß das Richteramt des „Vorwärts“ noch länger andauerte. Sie übertrug daher einem Mitglied des Parteivorstandes die Vollmacht über Inhalt und Form der Artikel zu entscheiden. Hier trägt sie die volle Verantwortung und steht mit ruhigem Gewissen der Entscheidung der dazu berufenen Körperschaften entgegen. Stadtthagen hat auch versucht, die Ehre des Parteivorstandes herabzusetzen. Mir und meinen Freunden kann nichts gleichgültiger sein, als die Auffassung des Abg. Stadtthagen. (Lebh. Beifall b. d. Soz. und Zurufe: Sehr richtig! Zuruf: Ausgerechnet Stadtthagen!)

Sizisch (Natf.): In militärischen Dingen ist die Zensur nicht zu erheben. Die politische Zensur muß allerdings eingeschränkt werden, sie untergräbt im Lande das Vertrauen zur Regierung. — Die Friedenstende des Abg. Scheidemann kann den Willen zum Durchhalten nur herunterschieben. Die Eingabe der sechs Verbände enthält für Vaterlandsfreunde nur selbstverständliche Forderungen. Das Verbot des „Berliner Tageblatts“ war die Folge seiner Umstellungen und durchaus berechtigt. Die Zensur soll aber freie Bahn geben dem harten nationalen Willen. (Beifall b. d. Natf.)

Staatssekretär Dr. Helfferich kommt nochmals auf seine Auseinandersetzungen mit dem Abg. Dittmann zurück und wiederholt, daß das Vorbringen des unangenehmen Falles, in dem jungen Mädchen mit Prostituierten zusammengetan worden sind, im Plenum hätte vermieden werden können.

Haase (Soz. Arb.): Ich habe im September 1914 mit dem Oberkommando nicht für meine Person verhandelt, sondern in Ausübung von Befehlen der maßgebenden Körperschaft der Partei. Das hat damals das Oberkommando auf mein Betreiben zugesagt, daß die Tendenz des Vorwärts nicht geändert werden sollte. (Hört, hört! b. d. Soz. Arb.) nur Inhalt und Form sollten den Zensurvorschriften entsprechen, dagegen sollte er weiter, von den Grundfragen seiner Redaktion aus redigiert werden. Zwei Jahre ist denn auch der „Vorwärts“ nach im alten Geist geleitet worden. Jetzt dagegen ist die Meinungslosigkeit der Redakteure gebrochen, die Diktatur über ihn verhängt. Der Charakter des „Vorwärts“ ist jetzt verändert. Mein damaliges Auftreten war also grundverfehlend von der Haltung Eberts und seiner engeren Freunde. — Die Anzögerung Eberts: Müller könne sich doch nicht von der Redaktion verhalten und verurteilen lassen, mußte den Anschein erwecken, daß mindestens eine Kauferei festgefunden hätte. (Widerstand b. d. Soz.) Niemand ist ähnliches vorgekommen, im Gegenteil. (Sturm. Hitt.) Müller und Däumig haben im besten Einverständnis die Zensurvorschriften übermacht. In der Parteiveranstaltung kam es natürlich mit den Redakteuren zu starken rednerischen Auseinandersetzungen. Jetzt bestimmt Müller den Charakter des „Vorwärts“ selbstständig. Von Aufrichtigkeit waren alle die Ausführungen Eberts nicht getragen. Innere Angelegenheiten einer Partei gehören freilich nicht vor dieses Forum. Hier aber handelt es sich um Fragen der politischen Moral. Das Oberkommando dürfte nicht dazu beitragen, einen noch dazu aus unzulässigen Gründen unterdrückte Zeitung einer anderen Parteiführung in die Hand zu spielen und niemand dürfte sich dazu verstehen, sich dieses Blatt in die Hand spielen zu lassen. Stadtthagens Auffassung ist Ebert gleichgültig, aber vielleicht ist es doch von einiger Bedeutung für ihn, daß die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin, die Vertreter der Leser und Eigentümer dieser Vorpost gegen die politische Moral am vorigen Sonntag erklärt hat. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Arb.)

Ebert (Soz.): Meine jährliche Anzögerung vom Verhalten und Betragen hat Haase wörtlich genommen. Ich hatte das Haas so eingeschrieben, daß es nicht verstanden wurde. Die täglichen Angriffe der politischen Auffassung Müllers und des Parteivorstandes mußten schließlich ein Jahresgespräch notwendig machen. — Daß Haase vor zwei Jahren die Bedingungen wessens seiner Person ausgeschrieben hat, habe ich nicht behauptet. Wir haben uns im Parteivorstand mit seinem Vorschlag abgefunden, ob ich aber denartige Bedingungen, wie er damals unterzeichneten hätte, steht auf einem anderen Blatt. (Haase: Unwahr!) So wenig wie damals hat jetzt das Oberkommando eine Forderung der Tendenz des „Vorwärts“ verlangt, was wir auch aus Entgegensetzungen zurückgewiesen hätten. (Lachen b. d. Soz. Arb.) Über der „Vorwärts“ muß als Zentralorgan nicht nur die Meinung der Arbeiterheit, sondern auch die der Reichspresse wiedergegeben. (Lachen b. d. Soz. Arb.) — Sehr wahr! b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Dittmann stellt in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Staatssekretär Dr. Helfferich fest, daß er in der Kommission bereits die Namen der betreffenden Mädchen genannt habe und auch sonst alle wesentlichen Einzelheiten des Falles erwähnt habe, was andere Mitglieder der Kommission ihm beifügigt hätten. Auch sei der Fall der Regierung offenbar bekannt gewesen, denn Ministerialdirektor Lewald habe davon gesprochen, daß die Mädchen Zettel verteilt hätten, in denen zum Munitionsstreit aufgefordert wurde. Das wurde widerlegt.

Die Anträge und Gesekentwürfe zum Belagerungszustand und zur Zensur werden an die Schußhaftkommission verwiesen.

Der Antrag des Zentrums auf Schaffung einer Zentralstelle zur Entgegennahme von Zensurbeschwerden und zur Schaffung einer möglichst einheitlichen Zensurhandhabung wird nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. (Gesangenenbehandlung, Ernährungsfragen.)

Schluß 9½ Uhr.

### Aus der Partei.

Eine Delegiertenversammlung des Verbandes der Groß-Berliner sog. Wahlkreise nahm am Sonntag Stellung zum „Vorwärts“-Konflikt. Genosse Adolf Hoffmann übte schärfste Kritik an dem Verhalten des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit, wodurch lediglich die Berliner Opposition getroffen werden sollte. Der Parteivorstand habe dem Generalkommando mehr geboten, als dieses verlangt hätte. Das ganze Vorgehen sei ein Gewaltakt. Aus formalen Gründen sei der Geschäftsführer des „Vorwärts“ (Richard Fischer) auch vom Parteivorstand aufgefordert worden, die Ausübung der Zensur des „Vorwärts“ dem Parteivorstandsmittglied Müller zu unterlagen; für allen finanziellen Schaden, der aus seiner Weigerung entspringe, werde Fischer verantwortlich gemacht. Jetzt sei der „Vorwärts“ infolgedessen auf dem Niveau der Regierungspresse gesunken; die Berliner Arbeiter hätten daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihr Parteiblatt wieder in ihrem Sinne redigiert wird. Der Parteivorstand legte eine Resolution vor, die den Parteivorstand aufforderte, seine Gewaltmaßregeln aufzugeben, andernfalls die Vorwärtsabonnenten verpflichtet werden, die Abonnementszahlung einzustellen. Von Leftow-Beskov wurde gefordert, die jegliche Redaktion möge ihre Tätigkeit einstellen und den Vorwärtslesern möge ein anderes Parteiblatt geliefert werden, das die Kreise selbst bestimmen. Wichtige Berliner Ereignisse sollen durch Flugblätter und Zirkulare den Bezirks- und Kreisvorsitzenden bekanntgemacht werden. Gleichzeitig soll der geschäftsführende Ausschuss die Beschaffung eines neuen, den politischen Anschauungen der Berliner Arbeiterentsprechenden Organs in die Wege leiten. Ein weiterer Antrag desselben Kreises lautet:

„Der Parteivorstand erweist sich als eine Gefahr für den Bestand der Organisation, die politische Macht und den sozialistischen Geist der Partei, eine Gefahr, deren systematische Bekämpfung dringende Pflicht aller Genossen ist, denen die Grundlagen des internationalen Sozialismus und die Zukunft der Arbeiterbewegung am Herzen liegen. Die Verbandsgeneralversammlung beauftragt den Groß-Berliner Parteivorstand, sich mit anderen Kreisen im Reich, die gleichfalls unter der zerstörenden Politik des Parteivorstandes zu leiden haben, ins Einvernehmen zu setzen, um gemeinsam über organisatorische Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei zu beraten.“

In einem dritten Antrag dieses Kreises wird gefordert: „An Stelle der Angestellten im „Vorwärts“-Unternehmen sind alle Angestellten, die dem Beschluß der Preßkommission systematisch zuwiderhandeln, sofort durch solche Angestellte zu ersetzen, die sich der Pflicht, sich im Sinne ihrer Auftraggeber zu betätigen, zu unterziehen bereit sind.“

Genosse Borardt sprach für Beitragsentziehung, weil der Parteivorstand das Geld zur Bekämpfung des Sozialismus verwendet. Genosse Ströbel war gegen diesen Antrag, da man dadurch keine reinliche Scheidung erziele und der Parteivorstand doch Geld genug habe. Bei aller Sympathie für die Spartacus-Gruppe könne man nur den Antrag auf Beitragsperre als schädigend ansehen. Nicht durch Beschlüsse, die einen Schlag ins Wasser bedeuten, sondern durch organisatorische und agitatorische Leistungen können die Massen des Volkes auf die Seite der Opposition gebracht werden. Genosse Wähler sieht in dem Antrag des Parteivorstandes nur eine Scheinaktion und fordert Handlungen nach den Grundfragen der Spartacus-Gruppe. Auch Genosse Haase wünschte mehr Handlung der Berliner Genossen, bestritt dem Parteivorstand das Recht zu seinem Vorgehen und schließt ihm die Schuld zu, wenn das „Vorwärts“-Unternehmen zugrunde geht. Er tritt für die Verweigerung des Abonnementsgeldes ein, wendet sich aber gegen die Beitragsperre. Er empfiehlt schließlich die Annahme eines Antrages auf Schaffung eines Aktionsauschusses, welchem Vollmacht erteilt wird, alle Maßnahmen zu treffen, durch welche den Wünschen der Berliner Parteigenossen Geltung verschafft wird. Genosse Ledebour begründete dann noch einen von ihm und Adolf Hoffmann gestellten Antrag, in dem das Vorgehen des Parteivorstandes als einbruch des Parteistatus und als eine parteischädigende Handlung angesehen wird. Es solle deshalb an die Parteigenossen im ganzen Reich die dringende Aufforderung gerichtet werden, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß keinem der Teilnehmer und Begünstigten des „Vorwärtsraubes“ von neuem ein Parteiamt oder eine sonstige Parteistellung übertragen wird. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag auf Beitragsperre wurde mit 266 Stimmen abgelehnt; dafür stimmten 65 Vertreter. Für den Antrag auf sofortige Abbestellung des „Vorwärts“ stimmten 106, für die Verweigerung der Abonnementszahlung 212 Vertreter; der letztere Antrag ist demnach angenommen. Der Antrag, die jegliche „Vorwärts“-Redaktion möge ihre Tätigkeit einstellen, erhielt nur 46 Stimmen; der Antrag, in welchem der „Vorwärts“-Redaktion ein Vertrauensotium ausgestellt und sie ersucht wird, auf ihrem Posten auszuharren, wurde mit 257 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Schaffung eines Aktionsauschusses wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Dielem Aktionsauschuss wurden insbesondere der Antrag Luxemburg mit 221 gegen 60 Stimmen und alle übrigen vorliegenden Anträge überwiesen.

### Aus Nah und Fern.

Grubenunfälle. Auf der Wolfsganggrube bei Gindenburg, die der Kallstromischen Verwaltung gehört, war durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß eine Kohlenstaubexplosion entstanden, die zu den tödlichen Feinden der Bergmannskolonie gehörte. Hierbei wurden fünf Bergleute schwer verletzt. Mit unerträglichem Eifer arbeiteten die waderen Bergleute an dem Rettungswerk für die Kameraden. Es gelang auch, sämtliche zu bergen. Vier Bergleute waren leicht schwerer verletzt; sie hatten schwere Brandwunden erlitten und wurden alsbald nach dem Knapenschwäzazarett Belschowitz überführt. Dort sind zwei inzwischen den Verletzungen erlegen, und zwar der Füller Seifka und der Häuer Gebulok aus Kolonie Belschowitz, während der Füller Lieborbi aus Ruda-Poremba und der Häuer Bednorz aus Kolonie Belschowitz noch am Leben sind. Das zweite Unfälle ereignete sich auf der Gottesganggrube. Hier fielen einem Wasserdurchbruch drei Arbeiter zum Opfer.

Zwei Personen bei einer Kahnfahrt ertranken. Als der aus dem Feilde beurlaubte Besitzer Kojzinski aus Wompieret im Kreise Straburg (Westpr.) auf einem mit Last beladenen Kahn über den hundert Meter breiten Teich nach Gause fahren wollte, sank der Kahn in der Mitte des Teiches und mit ihm fünf Personen: Kojzinski, seine Ehefrau, sein Sohn, der Knacht und die Frau, deren Leichen bisher nicht gefunden wurden.